

Für mehr soziale
Gerechtigkeit

www.oskar-waehlen.de

Dafür steht DIE LINKE
in unserem Saarland

Programm zur Landtagswahl 2009

DIE LINKE.
I M S A A R L A N D



Dafür steht DIE LINKE in unserem Saarland

Beschluss des Landesparteitages vom 09.08.2008

Aus dem Inhalt:

Vorwort Oskar Lafontaine3

Was wir wollen5

Soziale Gerechtigkeit

Umverteilung von unten nach oben -

soziale Gerechtigkeit auf den Kopf gestellt6

Das Saarland sozial gestalten

Soziale Gerechtigkeit nutzt allen7

Arbeit und Wirtschaft

Neoliberalismus - von Vorteil nur für die Reichen9

Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik10

Innovationsoffensive12

Saar-Lor-Lux und Europa12

Regionale Strukturpolitik.....13

Energiewende und Umweltschutz

Verantwortung für die natürlichen Lebensgrundlagen übernehmen:

Energiewende an der Saar15

Kommunalisierung der Energieversorgung16

Vorreiterrolle des Saarlandes bei den erneuerbaren Energien16

Ein umweltschonender öffentlicher Personennahverkehr17

Gentechnikfreie ökologische Landwirtschaft im Saarland18

Umweltschutz ist auch Tierschutz19

Bildung für alle

Jedes Kind gehört dazu - Rechtsanspruch auf

Betreuung, Erziehung und Bildung von Anfang an20

Kurswechsel in der Bildungspolitik -

Abschaffung von G 8 in der bisherigen Form21

Bildungsoffensive Saar: Eine „Schule für alle“ -

die Gemeinschaftsschule22

Schule ohne Sitzen bleiben -

die Gemeinschaftsschule als echte Ganztagschule23

Kulturelle Bildung.....	24
Gesundheit als Lernziel - Bewegung und richtige Ernährung fördern.....	24
Berufliche Bildung, Weiterbildung und Erwachsenenbildung.....	25
Kinder-, Jugendsozial- und Jugendhilfe intensivieren und ausbauen.....	26
Hochschulen – Orte der Lehre und Forschung.....	26
Forschung und Innovation - Grundlage der Zukunft.....	27

Kultur als öffentliche Aufgabe

Armut darf nicht ausgrenzen - kulturelle Teilhabe für alle.....	30
Kulturelle Bildung von klein auf.....	30
Das Eigene fördern.....	31
Kultur ohne Grenzen.....	32

Demokratie und Gemeinwohl

Gleichberechtigung statt Diskriminierung und Ausgrenzung.....	32
Geschlechtergerechtigkeit und Chancengleichheit in der Arbeitswelt.....	33
Keine Gewalt gegen Frauen.....	34
Gleichberechtigte Teilhabe auch für Einwanderer - Menschen sind nicht illegal.....	34
Bürgerrechte - der Lebensnerv einer Demokratie.....	35
Wirtschaftsdemokratie / Verbraucherschutz.....	37
Keine Privatisierung - für eine neue, öffentliche und Demokratische Gestaltung der Gesellschaft.....	38



“Liebe Saarländerinnen
und Saarländer”

Seit 10 Jahren herrscht im Saarland strukturpolitisch Windstille. Die CDU-Landesregierung hat so gut wie nichts zustande gebracht und beschränkt sich darauf, den Stillstand zu verwalten. Die wirtschaftlichen Wachstumsraten der letzten Jahre, mit denen sie sich gerne brüstet, waren im wesentlichen der boomenden Stahl- und Automobilindustrie zu verdanken. Die Saarländerinnen und Saarländer haben aber nicht vergessen, wer in den 1980iger und 1990iger Jahren

die Weichen für die Stahlindustrie an der Saar auf Erfolgskurs gestellt hat. Das war gewiss nicht die CDU, die damals laut nach Privatisierung schrie. In der akuten, weltweiten Rezession ist die saarländische Stahlindustrie bisher nur deshalb von Teilstilllegungen und Massenentlassungen verschont geblieben, weil vor 15 Jahren gegen den Willen der CDU eine vollständige Privatisierung des Unternehmens verhindert und ein Mitentscheidungsrecht des Landes gesichert wurde. In diesen Jahren wurde auch die Automobilindustrie durch Ansiedlung der Zulieferersparte bei Ford in Saarlouis gestärkt.

Dass die Gruben an der Saar schließen müssen und der Bergbau mitsamt den Bergleuten nach NRW verlagert werden soll, ist eine Tragödie. Deutlicher könnte das wirtschafts- und industriepolitische Versagen einer Landesregierung nicht zum Ausdruck kommen. Wir, DIE LINKE, sind für den Erhalt des Bergbaus an der Saar. Wenn die saarländische Montan- und Energieproduktion nicht bald wieder durch eine schwungvolle, innovative und Arbeit schaffende Industriepolitik unterstützt wird, droht unser Land seinen hohen technologischen Wissensstand auf diesem Gebiet zu verlieren - ganz so, wie es seinen Vorsprung auf dem Gebiet der erneuerbaren Industrien bereits vollständig eingebüßt hat.

Vor 25 Jahren spielte das Saarland noch eine Vorreiterrolle bei der Einführung der Solarenergie. Die Stadt Saarbrücken war bundesweites Vorbild für die Kommunalisierung der Energiepolitik. Davon ist heute nichts mehr übrig: das Saarland ist Schlusslicht aller Bundesländer bei der Entwicklung erneuerbarer Energie. Der Hickhack um das Kraftwerk Ensdorf hat gezeigt, dass die CDU nicht einmal fähig ist, den zukünftigen Bedarf an Kraftwerkskapazitäten und -standorten vernünftig zu planen. Wir brauchen dringend eine Energiewende. DIE LINKE im Saarland setzt sich für eine Rekommunalisierung der Energieversorgung ein. Wir wollen die Großkraftwerke nach und nach durch kleinere, dezentrale Kraftwerke in kommunaler Hand ersetzen. Die Kohle wird dabei als Energieträger noch eine Rolle spielen, soll aber Schritt für Schritt durch erneuerbare Energieträger ersetzt werden.

Die infrastrukturellen Neuerungen, die das Land vorangebracht haben - Saarkanal, Stadtbahn oder TGV-Anbindung zum Beispiel -, sind alle nicht von der jetzigen CDU-Regierung durchgesetzt worden. Auch die hochmoderne Forschungsinfrastruktur auf den Gebieten der Informations- oder Nanotechnologie, in deren Folge tausende neuer Arbeitsplätze an der Saar entstanden sind, wurde in den 1980iger/1990iger Jahren aufgebaut. Nichts Nennenswertes ist bis heute hinzugekommen. Es ist an der Zeit, dies zu ändern und an die erfolgreichen Jahre wieder anzuknüpfen.

Stillstand und Provinzialität kennzeichnen auch die Kulturpolitik der CDU-Landesregierung: außer Kürzung nichts gewesen. Dabei wäre es gerade auf dem Gebiet der Kultur möglich, das fehlende Geld durch zündende Ideen wettzumachen. Eines der wesentlichen Ziele der LINKEN ist die kulturelle Bildung in den Schulen.

Die bildungspolitische Bilanz der CDU-Landesregierung ist ebenfalls nicht erfreulich. Kein anderes Bundesland investiert weniger in die Bildung als das Saarland. Mit der Einführung des achtjährigen Gymnasiums sind die bekannten Mängel des deutschen Schulsystems nicht behoben worden - im Gegenteil. Das Einkommen der Eltern bestimmt weitgehend die schulischen Erfolgsaussichten der Kinder - und das erst Recht unter dem gesteigerten Leistungsdruck des G 8. Teuren Nachhilfeunterricht können sich nur Eltern mit überdurchschnittlichem Einkommen leisten. Überforderte Schülerinnen und Schüler werden eher krank. Eine Reform des G 8 steht ganz oben auf der Prioritätenliste der LINKEN. Wir wollen die Voraussetzungen schaffen für ein Gymnasium, das allen Kindern die gleichen Chancen bietet: echte Ganztagschulen mit einem gemeinsamen Unterricht bis zur sechsten Klasse. Für die Kinder aus weniger begüterten Familien soll das Mittagessen kostenlos sein. Die Lernmittel sollen frei sein, Studiengebühren werden abgeschafft.

DIE LINKE ist die Partei der sozialen Gerechtigkeit. Das haben wir auf Bundesebene unter Beweis gestellt, wo wir gegen den neoliberalen Zeitgeist angetreten sind und bewirkt haben dass auch die Politik der anderen Parteien ein wenig sozialer wurde. Wir drängen darauf, Hartz IV abzuschaffen. Wir kämpfen für „gute“ Arbeit, anständige Löhne und für eine Rente, die den Lebensunterhalt sichert. Niemand darf gesellschaftlich ausgegrenzt werden. Kinderarmut ist eine Schande in einer reichen Gesellschaft. Um sie zu beseitigen, werden wir die Familien finanziell unterstützen. Wir wollen unsere Politik mit den Bürgerinnen und Bürgern abstimmen und werden die Möglichkeit demokratischer Mitwirkung erweitern.

Was wir wollen und wie wir es umzusetzen gedenken, steht ausführlich in diesem Programm. Ich bin sicher, dass es viel Zustimmung findet. Und ich hoffe, dass es Sie darin bestärkt, bei der Landtagswahl am 30. August 2009 Ihre Stimme der LINKEN zu geben.

Ihr



Oskar Lafontaine

Was wir wollen

DIE LINKE stellt sich im Jahr 2009 auf allen politischen Ebenen zur Wahl - in den Kommunen, im Land, im Bund und in Europa. Ihr Spitzenkandidat Oskar Lafontaine bewirbt sich für das Amt des saarländischen Ministerpräsidenten. Wir wollen nicht bloß die verbrauchte CDU-Regierung ablösen, wir wollen einen Politikwechsel.

Wir wollen Schluss machen mit der kapitalorientierten neoliberalen Politik, die zulasten der Bevölkerungsmehrheit geht. Unsere Politik soll nicht allein dem bessergestellten Drittel der Gesellschaft zugute kommen, sondern allen Bürgerinnen und Bürgern. Im Zentrum unseres politischen Selbstverständnisses steht die soziale Gerechtigkeit. Sie ist Dreh- und Angelpunkt unserer Politik.

Unsere Vorstellungen von einer anderen Politik präsentieren wir mit diesem Programm der Öffentlichkeit. Wir wissen, wie angespannt die Haushaltslage des Landes ist. Es wird nicht möglich sein, unsere sämtlichen Vorhaben auf einen Schlag zu finanzieren. Wir wollen Schritt für Schritt vorgehen - auch über die Dauer einer Legislaturperiode hinaus - und dabei klare Prioritäten setzen.

An erster Stelle steht für uns eine strukturelle Reform des Bildungssystems. Bildung ist der Schlüssel zur Zukunft. Wir wollen eine Schule, die allen Kindern gleiche Bildungschancen bietet, eine Schule, die auf dem Prinzip des Förderns statt der Auslese beruht, die möglichst allen ein möglichst hohes Kultur- und Wissensniveau vermittelt und sie damit zu selbstständigem Lernen, Denken und Handeln befähigt.

Unsere Wirtschaftspolitik setzt auf die Qualifikation und die innovative Kraft der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Die Krise des Bergbaus drückt die ganze wirtschaftspolitische Konzeptionslosigkeit der CDU-Landesregierung aus. Wir wollen nachholen, was diese Regierung versäumt hat: eine regionale Struktur- und Industriepolitik, die an den traditionellen Stärken eines Industrielandes anknüpft. Eine Energiewende an der Saar einzuleiten, ist das Hauptziel unserer Umweltpolitik. Wir wollen die Energieproduktion und -versorgung kommunalisieren und schrittweise auf erneuerbare Träger umstellen.

Freiheitliche, demokratische und partizipative Strukturen der Gesellschaft werden wir festigen. Niemand darf benachteiligt werden. Gegen die neoliberale Privatisierungssucht verteidigen wir die öffentliche Daseinsvorsorge. Eine Gesellschaft der individuellen Freiheit und der Solidarität, in der jede und jeder gleichberechtigt, auf selbstbestimmte Art und Weise und in sozialer Sicherheit am gesellschaftlichen oder kulturellen Leben teilhat - das ist die politische Grundidee der LINKEN. Wir wollen den demokratischen Sozialismus.

Soziale Gerechtigkeit

Umverteilung von unten nach oben – soziale Gerechtigkeit auf den Kopf gestellt

Deutschland definiert sich im Grundgesetz als „demokratischer und sozialer Bundesstaat“. Dieser Grundsatz der Verfassung – auch Sozialstaatsgebot genannt – verpflichtet den Staat für einen Ausgleich der sozialen Gegensätze und somit für eine gerechte Sozialordnung zu sorgen. In den vergangenen Jahren stand die Politik der Bundes- und der Landesregierung jedoch in krassstem Widerspruch zu dem Sozialstaatsgebot der Verfassung. Ein fortgesetzter Sozialabbau hat das Sozialstaatsprinzip ausgehöhlt. Soziale Gegensätze



wurden nicht ausgeglichen, sondern verschärft. Die Einkommen driften auseinander wie nie zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik, die Kluft zwischen Arm und Reich wurde breiter und tiefer. Im letzten Jahrzehnt ist die Anzahl derer, die mehr als das Dreifache des Durchschnittseinkommens beziehen, von 6 auf 10 Prozent gestiegen. Im gleichen Zeitraum stieg auch die Zahl der Armen, denen weniger als die Hälfte des Durchschnittseinkommens zur Verfügung steht, von 7 auf nahezu 12 Prozent. Während sich die Gruppe mit den höchsten Einkommen verdreifachte, erlebten rund drei Millionen Menschen den sozialen Abstieg aus der Mittelschicht. Viele sind ärmer geworden und wenige sehr viel reicher.

Durch Entsolidarisierung der Gesellschaft, durch das Ausspielen eines Teils der Bevölkerung gegen den anderen, wurde und wird versucht, diese Politik mehrheitsfähig zu machen. Den sogenannten Leistungsträgern der Mittelschicht wurde eingeredet, die „ausufernden“ Kosten des Sozialstaats würden sie überfordern.

Gerade in ihrem Interesse müssten die sozialen Leistungen gekürzt und durch Eigenvorsorge ergänzt werden. Aber nicht wenige dieser Leistungsträger aus der gesellschaftlichen Mitte machen die Erfahrung, dass auch sie durch die Löcher des sozialen Netzes fallen, die angeblich in ihrem Interesse hineingeschnitten wurden. Auch Facharbeiterinnen und Facharbeiter, Technikerinnen und Techniker oder Ingenieurinnen und Ingenieure finden sich beim Verlust der Arbeit schnell auf Sozialhilfeniveau wieder. DIE LINKE steht für eine solidarische Gesellschaft. Ein starker Sozialstaat nützt allen und stärkt den sozialen Frieden als eine Voraussetzung einer erfolgreichen Wirtschaftsentwicklung.

Mit dem Abbau sozialer Leistungen werden die Entlastungen der Vermögenden und der Unternehmen von Steuern und Abgaben finanziert. Eine solche Entlastung sei notwen-

dig, damit die deutschen Unternehmen im globalisierten Wettbewerb bestehen könnten und die Reichen ihr Geld auch im Inland anlegten – so argumentierte die Arbeitgeberlobby. Bundes- und Landesregierung schlossen sich dieser neoliberalen Argumentation an. Statt für einen Ausgleich der sozialen Gegensätze zu sorgen, forcierte die Politik eine Umverteilung von unten nach oben, von arm nach reich. In den letzten 15 Jahren stiegen die Vermögenseinkommen um etwa 43 Prozent, die Gewinne um 27 Prozent. Die Reallöhne hingegen sanken um 0,5 %.

In Deutschland liegt derzeit die Steuer- und Abgabenquote 5 Prozent unter dem europäischen Durchschnitt. Weil der Staat in erheblichem Umfang auf Einnahmen verzichtet, werden Bund, Länder und Kommunen zu einer restriktiven Ausgabenpolitik gezwungen. Das gilt auch und vor allem für das Saarland. DIE LINKE fordert eine Steuer- und Abgabenquote, die mindestens auf dem Niveau des europäischen Durchschnitts liegt. Steuern und Abgaben müssen sozial gerecht sein und sich an der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit orientieren. Der sogenannte Mittelstandsbauch, d.h. die stärkere Belastung mittlerer Einkommen durch die Steuerprogression, muss abgeschafft werden. Im Bundesrat soll das Saarland entsprechende Initiativen ergreifen.

DIE LINKE setzt sich für die Erneuerung und Fortentwicklung des Sozialstaates ein. Wir wollen jedem Menschen ein Leben in Freiheit und sozialer Sicherheit ermöglichen, denn soziale Sicherheit ist Voraussetzung für die freie Entfaltung der Persönlichkeit.

Die von sozialpolitischen Entscheidungen betroffenen Menschen und ihre Interessenvertretungen sowie organisierte soziale Bewegungen wollen wir stärker in den politischen Entscheidungsprozess mit einbeziehen. Viele dieser Organisationen, darunter Kirchen, Gewerkschaften und Sozialverbände, haben sich zum Saarland-Sozialgipfel zusammengeschlossen. Der Sozialgipfel ist für uns ein gewichtiger Partner, mit dem wir die Zusammenarbeit und den Austausch suchen und dessen Anliegen wir in die Parlamente tragen wollen, um unser Land sozial zu gestalten.

Das Saarland sozial gestalten Soziale Gerechtigkeit nutzt allen

Mit ganzer Kraft setzen wir uns im Saarland für eine gerechte Sozialordnung und einen Ausgleich der sozialen Gegensätze ein. Ein jährlicher Armuts- und Reichtumsbericht soll die soziale Lage der Menschen im Saarland dokumentieren. Die Ergebnisse dieses Berichts bilden die Grundlage unseres sozialpolitischen Handelns. Vor allem die Kinderarmut, die in erschreckendem Maße zugenommen hat, wollen wir mit einem Aktionsprogramm bekämpfen. Die Ursache von Kinderarmut liegt häufig in der Arbeitslosigkeit der Eltern. Durch die Agenda 2010 hat sich die Lage der Erwerbslosen drastisch verschlechtert. Hartz IV bedeutet Regelsätze, die weder bei Erwachsenen und schon gar nicht bei Kindern das Existenzminimum sichern. Wir verurteilen, dass selbst diese Minimalversorgung in vielen Fällen verweigert wird und lediglich Lebensmittelgutscheine ausgegeben werden.

Deshalb muss Hartz IV weg!



Wir setzen auf eine Grundsicherung, die jedem Menschen sanktionsfrei zusteht und ihm ein Leben in Würde ermöglicht. Für entsprechende Bundesratsinitiativen des Saarlandes werden wir uns stark machen.

Auch unsere Bildungspolitik, die auf dem Prinzip der frühkindlichen und vorschulischen Betreuung sowie der individuellen Förderung in der Ganztagschule beruht, zielt darauf ab, Kindern den Weg aus der Armut zu ebnet. DIE LINKE wird sich dafür

einsetzen, im gesamten Saarland ein Programm zur Kompetenzsteigerung von Familien einzuführen. Nach dem Beispiel Finnlands sollen Familien auf freiwilliger Grundlage bereits vor der Geburt und schwerpunktmäßig in den ersten drei Lebensjahren des Kindes hinsichtlich der Fürsorge und Erziehung ihres Nachwuchses bei regelmäßigen Hausbesuchen beraten und unterstützt werden. Dabei geht es auch darum, Familien in einer schwierigen Lebenssituation umfassende Hilfe anzubieten, um die Eltern von Druck und Stress zu befreien, damit sie sich mit Kraft und Ruhe ihrem kleinen Kind widmen können. Mit dieser Maßnahme wollen wir Kindesmisshandlung und Kindesvernachlässigung in ihren Ursachen bekämpfen und die Fürsorge und Erziehung der Kinder auf ein höheres Niveau bringen. Für die Teilnahme an dem Programm zur Steigerung der Fürsorge- und Erziehungskompetenz erhalten die Familien ein anrechnungsfreies, nicht steuerpflichtiges Landeserziehungsgeld in Höhe von monatlich 300 Euro während der ersten drei Lebensjahre des Kindes.

Bezieher von niedrigem Einkommen, von ALG II oder von Grundsicherung sind in vielfältiger Form vom gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen. Insbesondere leiden diese Menschen unter mangelnder Mobilität. Bereits in vielen deutschen Städten und Gemeinden ermöglicht ihnen ein Sozialpass die kostenlose oder kostenreduzierte Nutzung des ÖPNV, von Freizeit-, Unterhaltungs- und Kultureinrichtungen. Wir wollen den Sozialpass flächendeckend einführen.

Jeder Mensch, ob arm oder reich, hat das gleiche Anrecht auf Gesundheit. Wir wollen ein sozial gerechtes und finanzierbares Gesundheitswesen, das jedem ungeachtet seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit eine umfassende, dem aktuellen Stand der Wissenschaft entsprechende medizinische Versorgung bietet. Wir befürworten eine ganzheitliche Medizin, die den Menschen in seinem gesamten sozialen Umfeld sieht und Krankheit als ein komplexes physisches und psychosoziales Geschehen begreift. Unsere Gesundheitspolitik setzt auf Prävention. Die hierzu vorhandenen Ansätze wollen wir sichern und ausbauen. Bei einer Neuorientierung der Krankenhauslandschaft sind sowohl das Interesse

der Patienten an einer angemessenen, wohnortnahen Versorgung zu berücksichtigen wie auch die Interessen der Beschäftigten.

Der Stellenabbau in den saarländischen Krankenhäusern hat inzwischen eine Grenze erreicht, jenseits derer die Belastung für Patienten und Pflegepersonal nicht mehr zumutbar ist. In diese Richtung darf es nicht weitergehen. Die Privatisierung von Krankenhäusern insbesondere von Universitätskliniken lehnen wir ab.

Arbeitslosigkeit abzubauen, bleibt ein zentrales Ziel linker Politik. Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich ist für uns das wichtigste Mittel um dieses Ziel zu erreichen. Wir wollen „gute Arbeit“, die Einhaltung von Tarifverträgen und einen gesetzlichen Mindestlohn. Wir lehnen Ein-Euro-Jobs mit Nachdruck ab und setzen uns für den Ausbau von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen ein. Öffentlich geförderte Beschäftigung im Bereich des Umweltschutzes und der sozialen Dienste werden wir fördern.

Arbeit und Wirtschaft

Neoliberalismus - von Vorteil nur für die Reichen

Die durch ein starkes Beben ausgelöste Krise des Bergbaus offenbarte das ganze wirtschaftspolitische Unvermögen der Landesregierung. Sie hatte weder klare Vorstellungen von der Zukunft des Bergbaus, noch Ideen, wie die Bergleute und die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, deren Arbeitsplatz vom Bergbau abhängig ist, eine andere Arbeit finden können. Schon mit ihren Plänen für einen Kraftwerksneubau in Ens Dorf hatte sie ein Fiasko erlebt. Dass die CDU-Regierung kein schlüssiges industriepolitisches Konzept hat, schadet unserem Land erheblich. Sein industrielles Fundament droht wegzubrechen.



Dieses Unvermögen ist aber nur der Ausdruck eines grundsätzlichen Versagens der zurzeit in Bund und Land betriebenen Wirtschaftspolitik. Eine aktive Wirtschaftspolitik zur Entwicklung des Landes findet so gut wie nicht statt. Die Regierung handelt vielmehr getreu dem neoliberalen Credo, wonach man die Arbeitskosten senken müsse, um die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu erhöhen, die wiederum Grundbedingung für eine erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung insgesamt sei. Im Übrigen verlässt man sich auf das Wirken der Marktkräfte und betreibt demgemäß eine grundsätzlich auf Deregulierung, Liberalisierung und Privatisierung angelegte Politik. Mit der Regierungsübernahme der CDU im Jahre

1999 wurde das saarländische Wirtschaftsministerium zur Lobby der Unternehmerverbände: Wirtschaftspolitik wird als Unternehmerpolitik begriffen und dient der Unterstützung der Kapitalinteressen. Im Wettbewerb der Regionen setzt man auf Kostensenkung durch geringere Löhne und Ausweitung der Arbeitszeiten.

Weder auf der nationalen Ebene noch im Saarland ist diese Politik erfolgreich. Der wirtschaftliche Aufschwung kommt bei den Menschen nicht an. Die Einkommen gehen immer weiter auseinander und die soziale Polarisierung nimmt zu. Während ein geringer Teil reicher und reicher wird, werden die Lebensverhältnisse der Mehrheit prekärer. Dazu trägt wesentlich auch eine im Geiste der neoliberalen Gesellschaftskonzeption betriebene Sozialpolitik bei.

Vom allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwung hat auch das Saarland profitiert. Doch ist weder der wirtschaftliche Zuwachs besonders hoch noch die Besserung am Arbeitsmarkt wirklich nachhaltig. So hat im Saarland in 2007 die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nur wenig zugenommen. Der jüngste Beschäftigungsaufschwung beruht zu einem großen Teil auf der Ausweitung der Leiharbeit mit deutlich schlechteren Arbeitsbedingungen. Besonders stark gestiegen ist die Zahl der Minijobs – oft zulasten der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. In manchen Branchen wie dem Reinigungsgewerbe oder dem Gastgewerbe übertrifft die Zahl der Minijobs sogar die der regulären Arbeitsplätze. Zugenommen haben also vor allem die prekären Beschäftigungsverhältnisse. Und was die Einkommensentwicklung angeht, so weist das Saarland seit Jahren einen deutlichen Rückstand gegenüber dem Bundesgebiet auf.

Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik

Notwendig ist ein Kurswechsel in der saarländischen Wirtschaftspolitik. Gegen die neoliberale Ausrichtung mit Deregulierung und Privatisierung, die auch vor existenziellen gesellschaftlichen Bereichen wie z.B. dem Gesundheitswesen nicht Halt macht, setzen wir auf eine nachhaltige Wirtschaftspolitik, die die ökologischen und sozialen Belange und damit das Gemeinwohl in den Vordergrund stellt. Ziel ist eine allgemeine Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen. Insbesondere geht es uns um die Schaffung von Arbeitsplätzen mit ausreichendem Einkommen unter anständigen Bedingungen. Dazu gehört neben der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns auch die Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich.

Im Gegensatz zur Landesregierung sehen wir in den Gewerkschaften kein Hindernis für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung, sondern vielmehr eine unverzichtbare Interessenvertretung der abhängig Beschäftigten. Mitbestimmung ist ein wesentlicher und bewährter Bestandteil unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Die Gewerkschaften im Allgemeinen und die Mitbestimmung im Besonderen leisten nicht nur für die demokratische Entwicklung der Gesellschaft unschätzbare Dienste, sie tragen auch in hohem Maß zum wirtschaftlichen Erfolg der Unternehmen bei. In der saarländischen Montanindustrie ist die positive Wirkung der Mitbestimmung für die Entwicklung und die Sicherung des Betriebs sowie für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen offensichtlich. Was für

die Montanindustrie gilt, gilt allgemein selbst für kleinere und mittlere Betriebe. Unsere Wirtschaftspolitik trägt diesem Tatbestand Rechnung.

Die übergroße Mehrheit der Betriebe sind kleine und mittlere Unternehmen. In ihnen arbeiten die meisten Menschen. Sie bedürfen daher der besonderen Förderung, nicht nur in steuerlicher und finanzieller Hinsicht, insbesondere der Ausstattung mit genügend Eigenkapital, sondern auch im Hinblick auf die Betriebsführung. Wir wollen diese Unternehmen durch Beratungsstrukturen und Netzwerke unterstützen. Im Einklang mit den Kommunen sollen aufstrebende Betriebe bessere Entwicklungsmöglichkeiten erhalten, so z.B. durch einen Lehrstandkataster, der die benötigten Gewerbeflächen ausweist und günstig anbietet.

Im Rahmen einer neoliberalen Wirtschafts- und Gesellschaftskonzeption ist Nachhaltigkeit nicht zu erreichen. An die Stelle der Deregulierung und der Privatisierung muss wieder eine vermehrte Regulierung im Interesse der gesellschaftlichen Entwicklung treten. Wirtschaft muss der gesellschaftlichen Entwicklung dienen, nicht umgekehrt. Wir sind keine Gegner der Marktwirtschaft. Marktwirtschaftliche Mechanismen sind ein wesentlicher Bestandteil der wirtschaftlichen Entwicklung. Dort jedoch, wo sie versagen oder zu Fehlentwicklungen führen, muss politisch eingegriffen werden. Dies gilt insbesondere für gesellschaftlich sensible Bereiche wie die Sozialsysteme oder die Bereiche der Energiewirtschaft und des Verkehrs. Ein starker öffentlicher Sektor ist für uns unverzichtbar.

Im Saarland wollen wir die Nachhaltigkeit zum Leitbild der Wirtschaftspolitik machen. Es geht darum, die vorhandenen Ressourcen zu bewahren und sie für die Entwicklung des Landes einzusetzen. Dies gilt sowohl für die natürlichen als auch für die menschlichen Ressourcen. Wir brauchen einen ökologisch und sozial ausgerichteten Kurswechsel. Arbeit muss wieder einen anderen Stellenwert bekommen. Menschliche Arbeit ist nicht in erster Linie ein Kostenfaktor, den es zu minimieren gilt, sondern die Quelle von Wert.

Wir halten nichts von einer neoliberalen Angebotspolitik, die sich darin erschöpft, Löhne zu drücken und Lohnnebenkosten zu senken. Die größte wirtschaftliche Ressource unseres Landes sind seine Menschen, ihr Wissen und ihre Fähigkeiten. Es ist eine wesentliche Aufgabe der Landespolitik, die Qualifikation der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch die Förderung von Bildung, Ausbildung und Weiterbildung zu verbessern, um so die Qualität der Arbeit zu steigern.

Anstatt Löhne und Gehälter zu senken, wollen wir, dass sie erhöht werden. Dadurch wird die Kaufkraft gestärkt, was wiederum eine notwendige Bedingung für die Stärkung der Binnenkonjunktur darstellt, denn nach wie vor ist die schwache Binnennachfrage das Hauptproblem der wirtschaftlichen Entwicklung.

Innovationsoffensive

Auch die saarländische Innovationspolitik, die für die Entwicklung der Wirtschaft von zentraler Bedeutung ist, muss grundlegend anders ausgerichtet werden. Die derzeitige Innovationspolitik der Landesregierung beruht auf einem einseitig technologischen Verständnis von Innovationen. Notwendig ist jedoch ein ganzheitlicher Ansatz, der die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit einbezieht und auf die Entwicklung einer



betrieblichen Innovationskultur mit Personal- und Kompetenzentwicklung und partizipativen Organisationsstrukturen abzielt. Die beste Grundlage für betriebliche Innovation ist gute Arbeit. Wir wollen Innovationspolitik mit der Förderung von guter Arbeit verbinden und damit eine Brücke zu den Konzepten „Gute Arbeit“ und „Besser statt billiger“ schlagen, wie sie von den Gewerkschaften vorgeschlagen werden.

Wenngleich die Innovationspolitik der Landesregierung neben der Informatik oder der Nanotechnologie inzwischen

auch Industriebranchen wie etwa die Automobilindustrie zu den besonders förderungswürdigen Bereichen („Cluster“) zählt, so ist doch der Bezug zu den Säulen der wirtschaftlichen Entwicklung und damit die regionale Verankerung unzureichend.

Technische Neuerungen sollen nicht nur auf der High-Tech-Ebene gefördert werden, sondern ebenso in den herkömmlichen Industrien, wo sie nicht weniger nötig sind. Wir wollen die Innovationspolitik stärker mit der industriellen Entwicklung verzahnen, insbesondere im Bereich der erneuerbaren Energien. Bildungspolitik und Innovationspolitik müssen stärker integriert werden. Darüber hinaus ist es notwendig, mit den europäischen Nachbarn zu kooperieren und Innovationspolitik grenzüberschreitend anzulegen.

Saar-Lor-Lux und Europa

Das Saarland ist integraler Bestandteil der Großregion. Schon durch seine Geschichte verfügt es über vielfältige europäische Verbindungen. Die Großregion ist stark durch grenzüberschreitendes Arbeiten geprägt. Sie ist innerhalb der Europäischen Union die Region mit den meisten Grenzgängern. Dieser regionale europäische Zusammenhang ist bislang kaum genutzt worden. Initiativen wie die Schaffung von Eurozonen sind im Sande verlaufen.



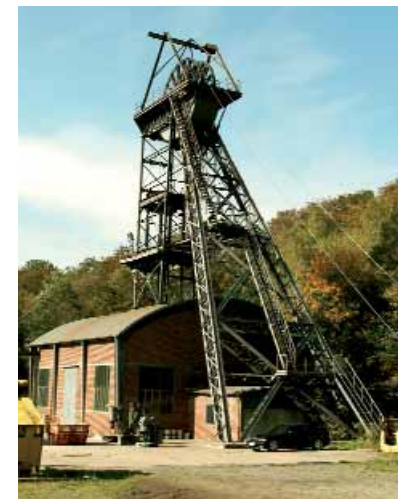
Wir wollen die interregionale und europäische Zusammenarbeit stärken und für die wirtschaftliche Entwicklung nutzen. Dazu müssen Konzepte für eine interregionale Zusammenarbeit auf den Gebieten der Strukturpolitik, der Innovationspolitik und der Arbeitsmarktpolitik entwickelt und umgesetzt werden. Die interregionale kulturelle Kompetenz gilt es zu fördern und auszubauen.

Wir wollen eine interregionale Koordinationsstelle einrichten, die die kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Aktivitäten bündelt und für eine nachhaltige Entwicklung der Großregion nutzbar macht. Dies liegt auch im Interesse des Saarlandes.

Regionale Strukturpolitik

Das Saarland ist historisch auf Kohle und Stahl aufgebaut. In den letzten Jahrzehnten hat allerdings ein tiefgreifender Strukturwandel stattgefunden. Die Montanindustrie ist erheblich zurückgegangen. Im Bereich des produzierenden Gewerbes ist die Autoindustrie, einschließlich der Zulieferer, zur stärksten Branche geworden. Diesen Strukturwandel zu gestalten, die dadurch verursachten sozialen Probleme zu lösen und für eine wirtschaftliche Zukunft der Region zu sorgen, ist eine ständige und herausragende Aufgabe für die Politik. Die Krise des Bergbaus ist eine zusätzliche Herausforderung, der sich die Politik stellen muss.

Die Entwicklung der Stahlindustrie zeigt, wie ein solcher Strukturwandel mit der Einrichtung einer Stahlstiftung sozialverträglich gestaltet werden konnte. Heute zählt die Stahlindustrie zu den modernsten und leistungsfähigsten Industriebereichen im Saarland. Bei der Bewältigung der Bergbaukrise kann an die Erfahrungen in der Stahlindustrie angeknüpft werden. Wir schlagen daher innerhalb der RAG Kohlestiftung eine Einrichtung zur Beschäftigungssicherung vor, die den spezifischen Bedingungen des saarländischen Bergbaus angepasst ist. Wir setzen uns dafür ein, dass die Inhalte des Steinkohlefinanzierungsgesetzes in Gänze analog der RAG Kohlestiftung auch im Saarland umgesetzt werden.



Dem Bergbau selbst muss eine faire Chance geboten werden. Alle sinnvollen technischen Möglichkeiten, Schäden in den Abbaugebieten zu verhindern, sollen dabei genutzt werden. Es steht für uns außer Frage, dass ein zukünftiger Bergbau Gefahren für Leib und Leben der dort wohnenden Menschen ausschließen muss. Wir verurteilen eine Abbautechnik, wie die RAG sie im Saarland durchgeführt hat, die einem Raubbau gleichkommt. Erst dadurch wurden die massiven Schäden verursacht und die Spaltung der Bevölkerung in Bergbaugegner und den dort arbeitenden Bergleuten als Befürworter ermöglicht.

Aber genau so steht für uns außer Frage, dass unter solchen Prämissen an der Saar weiterhin Kohle abgebaut werden soll. Die Nutzung dieses Rohstoffes muss in einem gesellschaftsverträglichen Rahmen erfolgen. Wir dürfen nicht riskieren, dass in der Folge eines voreiligen Abbaustopps auch noch sämtliche saarländische Kraftwerke stillgelegt werden. Wir setzen alles daran, die bergbautechnologischen Industrien im Land zu erhalten. Ihre jahrhundertalte Erfahrung und ihr großes technologisches Wissen auf neuestem Stand sind gute Voraussetzungen, um sich auch in Zukunft zu behaupten. Es müssen alle Hebel in Bewegung gesetzt werden, um für die (noch) Beschäftigten des Bergbaus neue Arbeitsplätze in denjenigen Bereichen zu schaffen, auf die unser Land seine Zukunft bauen will. Dazu zählen insbesondere die Verbesserung der Infrastruktur, umweltverträgliche und umweltverbessernde Industrien sowie Dienstleistungen, die die Lebensqualität erhöhen.

Im Saarland - wie in Deutschland insgesamt - arbeiten die meisten Menschen im Dienstleistungsbereich. Neben den unternehmensbezogenen Dienstleistungen stellen insbesondere die Dienstleistungen auf dem Gebiet der Gesundheit ein erhebliches Wachstumspotential dar. Mit der demographischen Entwicklung und einem wachsenden Anteil älterer Menschen an der Gesamtbevölkerung wird dieser Bereich an Bedeutung gewinnen. In der Förderung des Gesundheitssektors sehen wir einen weiteren Schwerpunkt der regionalen Strukturpolitik. Dabei muss aber der Einfluss der öffentlichen Hand gewahrt sein. Eine Privatisierung der Krankenhäuser lehnen wir ab.

Der Anteil der im produzierenden Gewerbe Tätigen an der Gesamtzahl der Beschäftigten ist unter 30 Prozent gesunken. Doch nach wie vor hat die Industrie gerade im Saarland eine erhebliche Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung. Auch gibt es einen engen Zusammenhang zwischen Industrie und Dienstleistungen. So sind insbesondere die unternehmensbezogenen Dienstleistungen auf industrielle Kerne angewiesen. Regionale Strukturpolitik muss daher besonders im Saarland immer auch Industriepolitik sein. Es ist Aufgabe der saarländischen Politik, die Industrie zu fördern und dafür zu sorgen, dass sie wettbewerbsfähig bleiben kann.

Hierzu bedarf es einer gezielten Wirtschaftsförderung. Sie muss sich an der nachhaltigen Entwicklung des Landes und der Beschäftigung ausrichten. Wer direkte staatliche Hilfen in Anspruch nimmt, muss sich verpflichten auszubilden, im Land ansässig zu bleiben und die Mitbestimmungsrechte voll und ganz zu respektieren. Notwendig sind aber auch öffentliche Investitionen. In den letzten Jahren wurden immer weniger Mittel für Infrastrukturmaßnahmen ausgegeben. Der weitaus größte Teil floss in Beihilfen für Unternehmen. Dies muss sich ändern. Wir sehen im Ausbau der Infrastruktur und in den erneuerbaren Energien die Schwerpunkte für die öffentliche bzw. öffentlich gestützte Investitionstätigkeit. Den Kommunen soll ein höherer Anteil am Gesamtsteueraufkommen zugewiesen werden, um ihnen die nötigen Investitionen zu ermöglichen.

Gute Entwicklungschancen hat der Tourismus im Land. Das Nordsaarland und der Warndt sowie beispielsweise das Biosphärenreservat Bliesgau sollen nachhaltig sanft entwickelt werden. Eine konsequente Förderung der Bio-Landwirtschaft kann einen entscheidenden Beitrag zum Erhalt bäuerlicher Strukturen leisten.

Sowohl die Krise des Bergbaus als auch die Ablehnung des Neubaus eines Großkraftwerkes in Emsdorf durch die Bevölkerung erfordern eine grundlegende Neuordnung der Energiewirtschaft. Sie steht im Mittelpunkt unserer Wirtschaftspolitik. Für die Energiewirtschaft ist eine langfristige Planung notwendig. Der Rückgang einheimischer Kohle zwingt zur Umstellung auf andere Energiequellen. Anstelle von Großkraftwerken wollen wir die Dezentralisierung und Kommunalisierung der Energieversorgung.

Energiewende und Umweltschutz

Verantwortung für die natürlichen Lebensgrundlagen übernehmen: Energiewende an der Saar

Es sind vor allem die Folgen der bisherigen Energiepolitik, die dem Planeten Erde zu setzen. Kriege ums Öl und Klimakatastrophen hinterlassen überall ihre verheerenden Spuren. Der Wandel des Klimas und die Knappheit der Ressourcen zwingen uns, den Umgang mit Energie völlig neu zu überdenken. Wir brauchen eine Wende in der Energiepolitik. Notwendig ist eine umweltschonende und effiziente Energiepolitik. Der Verbrauch an Energie muss deutlich reduziert und die Umstellung von fossilen Brennstoffen auf erneuerbare



Energien muss rasch vorangetrieben werden. Die Atomtechnologie stellt keine sinnvolle Alternative dar. Wir halten daher am Ausstieg aus der Atomenergie fest. Sonne, Wasser, Wind, Biomasse und Erdwärme sind in Verbindung mit der Kraft-Wärme-Kopplung die Energiequellen der Zukunft. Um diese Quellen effizient nutzen zu können, ist eine Dezentralisierung der Energiegewinnung erforderlich.

Die Wende in der Energiepolitik kann ohne eine öffentliche Kontrolle der Energiewirtschaft nicht gelingen. Die großen Energiekonzerne müssen kontrolliert werden und die Energieversorgung in die Hand der Kommunen gelegt werden. Die staatliche Aufsicht über die Stromtarife ist wiederherzustellen.

Nicht zuletzt wegen seiner großen Erfahrung auf dem Gebiet der Energiewirtschaft kann das Saarland eine Vorreiterrolle bei der Energiewende spielen. Dies liegt nicht nur im Interesse einer nachhaltigen Energie- und Klimapolitik, sondern fördert auch die Beschäftigung. Ein gezieltes Energieprogramm für das Saarland schafft eine Vielzahl von qualifizierten Arbeitsplätzen.

Kommunalisierung der Energieversorgung

Kern eines solchen Energieprogramms sind dezentrale Kraftwerke mit Kraft-Wärme-Kopplung. Wir wollen an die Erfahrungen mit der Einführung der Nah- und Fernwärmschiene anknüpfen und diese Politik fortsetzen. Auch wenn die Kraftwerke zunächst noch auf fossile Brennstoffe angewiesen bleiben, so sollen sie doch nach und nach auf erneuerbare Energieträger umgestellt werden. Unsere Vision: In wenigen Jahrzehnten soll jede saarländische Gemeinde über ein eigenes Energieversorgungssystem verfügen und in der Lage sein den lokalen Eigenbedarf weitgehend aus regenerativen Energiequellen zu decken. Diese Vision ist keine unerreichbare Utopie. Eine wachsende Zahl von deutschen Kommunen - auch die Stadt Saarbrücken - macht mit ihren Stadtwerken vor, wie gut eine kommunale Energieversorgung funktionieren kann.

Der Energieverbrauch muss drastisch reduziert werden. Neben einer effizienten Produktion von Energie ist es notwendig, vorhandene Einsparpotentiale konsequent zu nutzen. Öffentliche Gebäude sollten dabei Vorbild sein. Die energetische Gebäudeversorgung wollen wir fördern und bei einer privaten Umrüstung die jeweiligen sozialen und finanziellen Verhältnisse berücksichtigen.

DIE LINKE wird sich, zumindest in einer Übergangsphase, bis die staatliche Kontrolle über die Energiepreise wieder hergestellt ist, für die Einführung von echten Sozialtarifen für einkommensschwache Bevölkerungsgruppen einsetzen. Energie ist eine Lebensgrundlage und darf nicht länger Spekulations- und Profitinteressen der großen Energiekonzerne ausgeliefert sein.

Vorreiterrolle des Saarlandes bei den erneuerbaren Energien

Wir fördern den Ausbau der erneuerbaren Energien. Eine besondere Bedeutung kommt dabei der verstärkten Nutzung der Sonnenenergie zu. Aber auch Bioenergie mit Schwerpunkt Biogas und Windkraft stellen wichtige Felder dar. Dabei gilt insbesondere für die Bioenergie der Grundsatz möglichst lokaler Produktion. Der Einsatz von Bioenergie darf nicht dazu führen, dass in armen Ländern des Südens Regenwaldflächen gerodet oder landwirtschaftliche Flächen der Nahrungsmittelproduktion entzogen werden, damit in den reichen Ländern des Nordens uneingeschränkt Energie verbraucht werden kann. In diesem Zu-



sammenhang führt der Begriff „Bio“-Diesel die Verbraucher in die Irre. Die Verwendung dieses Begriffes muss an klare ökologische und faire Kriterien gebunden werden. Darüber hinaus ist zu prüfen, inwieweit die Geothermie im Saarland nutzbar gemacht werden kann. Das vorhandene Programm des Saarlandes für oberflächennahe Erdwärme sollte intensiviert werden.

Die wachsende Bedeutung der Windenergie einerseits und die große Erfahrung des Saarlandes mit Stahl- und Maschinenbau andererseits sind gute Voraussetzungen für die Ansiedlung von Unternehmen der Windenergie- und des Anlagenbaus. Das umfassende Konzept „Arbeit durch Klimaschutz“, das wir entwickeln wollen, wird diesem Tatbestand Rechnung tragen. Der ausgezeichnete Wissensstand im Maschinenbau und die große Energiekompetenz in unserem Land müssen für eine sichere und bezahlbare Energieversorgung und einen nachhaltigen Klimaschutz ebenso genutzt werden wie für die Entwicklung zukunftsfähiger Arbeitsplätze.

Ein umweltschonender öffentlicher Personennahverkehr

Problematisch für Klimaschutz und Energieverbrauch ist auch der Verkehr in der Luft und auf den Straßen. Von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern werden zunehmend Mobilität und Flexibilität verlangt. Im dicht besiedelten Saarland, das die höchste Fahrzeugdichte im gesamten Bundesgebiet aufweist, wird der ÖPNV den Anforderungen der Pendler jedoch nicht gerecht. Aus ökologischer und sozialer Verantwortlichkeit führt am Ausbau eines gut funktionierenden öffentlichen Personennahverkehrs kein Weg vorbei. Wir schlagen vor, die Bahnstrecken Homburg-Zweibrücken, Völklingen-Überherrn und Lebach-Dillingen zu reaktivieren und zusätzliche Haltepunkte einzurichten. Durch einen regelmäßigen Zugverkehr zwischen Homburg, Lebach und Dillingen könnte die A 8 entlastet werden.

Ein Teilstück der Saarbahnstrecke nach Lebach ist zwischen Saarbrücken und Walpershofen bereits fertiggestellt. Es ist ein Aberwitz, dass der Betrieb zwischen Saarbrücken und Riegelsberg, der schon heute möglich wäre, erst in einigen Jahren aufgenommen werden soll. Die Saarbahn in Saarbrücken soll bedarfsgerecht ausgebaut und die Universität in das Netz eingebunden werden. Zu prüfen sind weiterhin die Wiedereröffnung der linken Saartalstrecke der Rosselbahn zwischen Saarbrücken, Fürstenhausen, Großrosseln und Karlsbrunn. Die Anbindung des Saarlandes an das überregionale Verkehrsnetz muss verbessert werden. Wir fordern eine stündliche Fernanbindung nach und von dem Knotenpunkt Mannheim. DIE LINKE setzt sich für den Erhalt der Industriegleise für den Güterverkehr ein, die derzeit systematisch abgebaut werden.

Menschen mit einem geringen Einkommen sind mehr als andere auf öffentliche Transportmittel angewiesen. Mit einem Sozialpass sollen sie die öffentlichen Verkehrsmittel preisreduziert benutzen können.

Gentechnikfreie ökologische Landwirtschaft im Saarland

Über 70 Prozent der Verbraucher lehnen gentechnisch manipulierte Lebensmittel ab. Aus gutem Grund, denn ihre Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit sind nicht geklärt, ihre möglichen schädlichen Wirkungen auf den Menschen bisher nicht erfasst.



Zudem sind die Risiken der Gentechnik für die Umwelt nicht abschätzbar. Die langfristigen Wechselwirkungen von gentechnisch veränderten Pflanzen mit der Umwelt sind nicht ausreichend erforscht. Auch fördert Gentechnik in der Landwirtschaft nachweislich Monokulturen und bedroht somit die Artenvielfalt. Der Gifteinsatz auf dem Acker wird erhöht.

Bisher konnten Verbraucher davon ausgehen, dass im Saarland produzierte Lebensmittel gentechnikfrei sind. Produktion in kleinen und mittleren Betrieben statt seelenloser industrieller Großproduktion ist kennzeichnend für die saarländische Landwirtschaft. Dies hat auch eine Kulturlandschaft begünstigt, für die Wiesen, Wälder und Streuobstwiesen bestimmend sind. Auf landeseigenen Flächen werden wir keine Gentechnik verwenden. Gleichzeitig werden wir

die saarländische Landwirtschaft ermutigen und Anreize schaffen, sich zu gentechnikfreien Arbeitsgemeinschaften zusammenzuschließen. Für dieses Ziel werden wir uns bei den Interessenverbänden, gesellschaftlichen Bewegungen und anderen Parteien einsetzen. Wir wollen die saarländische Landwirtschaft vor dem Konkurrenzdruck durch gentechnisch manipulierte billige Massenproduktion schützen, indem wir ein Prüfsiegel nach den Kriterien von biologischer Vielfalt und gentechnikfreier Produktion sowie fairer Vermarktung für die regionalen Produkte einführen. Dadurch wird sowohl den Interessen der Landwirtschaft als auch der Verbraucher Rechnung getragen. In der verstärkten ökologischen Landwirtschaft liegt ein Schlüssel für die Versorgung mit gesunden Lebensmitteln, dem Erhalt bäuerlicher Existenzen und der Rettung der ländlichen Kulturlandschaft.

Umweltschutz ist auch Tierschutz

DIE LINKE im Saarland plädiert dafür, das Verhältnis von Mensch und Tier neu zu bestimmen. Die Menschen stehen in der Verantwortung für die gesamte Schöpfung. Das hat zur Folge, dass auch der Schutzauftrag des Staates nicht beim Menschen endet. Wir sehen die Tiere als Mitgeschöpfe und wollen sie in ihren Lebensräumen schützen. Es geht uns nicht darum, Tiere dem Menschen gleichzustellen oder deren Nutzung zu verbieten. Wir wollen den Umgang mit Tieren in einem ethischen Sinn regeln und ihnen das Recht auf eine natürliche, artgerechte Existenz unabhängig von ihrem Nutzwert zusprechen. Das Thema Tierschutz muss angemessen in den Lehrplänen aller Schularten berücksichtigt werden.



Wir werden ein tierschutzrechtliches Verbandsklagerecht für anerkannte Tierschutzverbände analog zum bestehenden Klagerecht der Naturschutzverbände einführen. Wir fordern den Ausstieg aus der kommerziellen Qual-Tierhaltung sowie den weitgehenden Verzicht auf Tierversuche und setzen uns dafür ein, tierversuchsfreien Methoden zum Durchbruch zu verhelfen.



Auch über die Auswirkungen der Jagd wollen wir mit den entsprechenden Vereinigungen diskutieren. Die Treibjagd als gesellschaftliches Ereignis lehnen wir ab. Mehr als zwei Drittel der Deutschen stehen der Jagd kritisch gegenüber oder lehnen sie ab. Es ist an der Zeit, die Gesetzgebung auch im Saarland den wissenschaftlichen Erkenntnissen und dem Willen der Bevölkerungsmehrheit anzupassen. Der Abschuss von Hunden, Katzen und auch Schwänen muss endlich verboten werden und ebenso die Abrichtung von Jagdhunden an lebenden Tieren.

Bildung für alle

Bildung ist ein Menschenrecht. Wir wehren uns gegen die Unterwerfung der Bildungspolitik unter die kurzfristige kapitalistische Verwertungs-ideologie. Allen die gleiche Bildungschance zu gewähren, bleibt eine vorrangige öffentliche Aufgabe. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen die Strukturen des deutschen Bildungssystems verändert werden, denn mehr als in den Jahrzehnten zuvor und mehr als in vergleichbaren anderen Ländern entscheidet heute in Deutschland die soziale Herkunft über den schulischen Erfolg.

Im Saarland fällt die bildungspolitische Bilanz nach einem Jahrzehnt CDU-Regierung noch schlechter aus als in den meisten anderen Bundesländern: zu große Klassen, zu wenige Lehrkräfte, schlechte Chancen für Kinder in schwierigen Lebensverhältnissen, viel zu viele Schulabgänger ohne Abschluss. Die Zahl der an den saarländischen Hochschulen Studierenden geht zurück, die Bereitschaft, nach dem Abitur ein Studium zu beginnen, ist geringer als in allen anderen Bundesländern und ebenso der Anteil der Hochschulabsolventen an den Abiturienten eines Jahrgangs. Mit dieser Bilanz werden wir uns nicht abfinden.



Wir wollen die Bildungspolitik ändern. Was die Investitionen in die schulische Bildung betrifft, belegt das Saarland einen traurigen letzten Platz in der Bundesrepublik. Dies müssen und wollen wir ändern. Die Finanzierung der Bildungseinrichtungen soll im Landeshaushalt Vorrang erhalten. Anderes muss dafür zurückgestellt werden. Die Erhöhung des Budgets ist Grundlage eines von uns angestrebten Kurswechsels in der Bildungspolitik.

Der Rückgang der Schülerzahlen darf nicht zu weiteren Schulschließungen führen, sondern ist als Chance zur Bildung kleinerer Lerngruppen zu nutzen. Schulbildung darf für Schülerinnen und Studierende nichts kosten. Wir wollen Lernmittel und Schulgeldfreiheit an allen saarländischen Schulen einschließlich der Meisterschulen. Durch die Einführung z.B. einer Vermögenssteuer könnte eine solche Bildungsreform auf ein solides finanzielles Fundament gebaut werden.

Jedes Kind gehört dazu - Rechtsanspruch auf Betreuung, Erziehung und Bildung von Anfang an

Wer die Schulbildung verbessern will, muss mit der frühkindlichen Bildung anfangen. Auch damit liegt Deutschland hinter anderen Ländern zurück. Kinder bedürfen der Zuwendung und Betreuung von Geburt an und auch schon früh der Bildung und Erziehung. Deshalb fordern wir den Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz für jedes Kind. Von der



Kinderkrippe über den Kindergarten muss die Möglichkeit der ganztägigen wohnortnahen Betreuung von höchster Qualität sichergestellt werden.

Ein differenziertes und flexibles Angebot von Tagesstätten und anderen vorschulischen Angeboten ist für viele Kinder der einzige Zugang zu frühkindlicher Bildung. Kinder mit Migrationshintergrund haben nach dem Besuch einer Kita nachweislich mehr Erfolg in der Schule. Institutionelle frühkindliche Bildung ergänzt die familiäre Erziehung und Bildung um diejenigen Bereiche, die in modernen Gesellschaften nicht mehr von den Familien alleine geleistet werden können. Ganzheitliche Bildung will den Menschen in seinen sprachlichen, sozialen, motorischen, kreativen, musischen, körperlichen und kognitiven Bereichen fördern.

Je besser Elternhaus, Kindertagesstätte und Schule miteinander verzahnt sind, desto problemloser ist der Übergang von einem zum andern für die Kinder. Wir plädieren für eine enge Zusammenarbeit dieser Einrichtungen und für Erziehungspartnerschaften zwischen Kindertagesstätten und Elternhaus.

Gleiche Bildungschancen für alle zu fordern, heißt, die Familien nicht mit Bildungskosten und -gebühren zu belasten, die sich viele nicht leisten können. Das gilt auch für die frühkindliche Bildung und die Vorschulbildung. Ohnehin setzt sich DIE LINKE für eine finanzielle Besserstellung der Familie ein. Deshalb streben wir die vollständige Gebührenfreiheit von vorschulischen Betreuungseinrichtungen an. Damit ErzieherInnen den gehobenen Anforderungen einer frühkindlichen Pädagogik gewachsen sind, muss auch ihre Ausbildung verbessert werden. Die Ausbildungsstandards sollen auf Fachhochschulniveau angehoben werden.

Kurswechsel in der Bildungspolitik – Abschaffung von G 8 in der bisherigen Form

Auf die berechtigte Kritik am deutschen Schulsystem hat die CDU mit der falschen Reform reagiert. Sie hat die Gymnasialzeit von neun auf acht Jahre (G 8) verkürzt und damit die im Profil des Gymnasiums angelegten Fehler verstärkt. Das verschärfte Lerntempo und die gestiegenen Belastungen von Lehrkräften und Schülern zementieren die herkömmliche Art des Lernens: reiner Paukunterricht steht im Vordergrund, den Schülerin-

nen und Schülern verbleibt kaum Zeit, das Gelernte wirklich zu verstehen und selbständig anzuwenden. Eine innere Schulreform auf der Grundlage neuer pädagogischer Erkenntnisse wird somit blockiert. Aber gerade diese wäre notwendig für ein Abitur nach acht Jahren - neue pädagogische Antworten, echte Ganztagschulen, genügend Lehrer und angemessene Lehrpläne.

Die CDU hat ihre G-8-Reform gegen den Willen vieler Eltern, Lehrer und Schüler durchgesetzt, ohne solche Antworten zu geben. Mit der Anordnung von „Überprüfungen“, Stundenreduzierungen und Stützunterricht versucht die Landesregierung nun, ihr Scheitern zu verschleiern. Wir setzen auf Partizipation und werden unsere Politik in einem unvoreingenommenen öffentlichen Diskurs mit allen Beteiligten erörtern, bevor wir handeln.

Bundesweit beklagen Eltern und Schüler, dass der Leistungsdruck in den Schulen und in den Familien mit der G-8-Reform enorm gestiegen ist. Kinderpsychologen und Kinderärzte sprechen von „krank machenden Schulen“. In vielen Fächern sind die Schülerinnen und Schüler häufig überfordert, weil anspruchsvoller Stoff in untere Klassen verlagert wird und Zeit zum Üben fehlt. Sportliche Betätigung, Hobbys und frei verfügbare Zeit kommen zu kurz. Die Zahl der Kinder, die teure Nachhilfe brauchen, nimmt stetig zu. Die Bildung der Kinder wird vom Geldbeutel der Eltern bestimmt. Immer mehr brechen das Gymnasium ab.

Wir wollen unseren Kindern nicht die Kindheit nehmen und ihnen die Zeit geben, die sie brauchen, um sich zu entwickeln. Das Heranreifen einer Persönlichkeit lässt sich nicht beliebig beschleunigen. Aus diesem Grund lehnen wir G 8 in der bisherigen Form ab. Das heißt aber nicht, dass es im Saarland nicht mehr möglich sein soll, nach 12 Schuljahren das Abitur zu machen. Es bedarf dazu allerdings anderer pädagogischer und organisatorischer Strukturen: im Rahmen der von uns angestrebten Gemeinschaftsschule sollen die Eltern zusammen mit den Lehrern entscheiden können, ob ihre Kinder nach 12 oder 13 Jahren das Abitur ablegen.

Wenn die Fehler im System liegen, kann nur eine Änderung der Strukturen Abhilfe schaffen. Dafür wollen wir die politischen Weichen stellen. Im Saarland ist das schwieriger als in anderen Bundesländern, weil die einzelnen Schulformen in der Verfassung verankert sind. Dies erschwert eine grundsätzliche Verbesserung des Schulsystems. Die Verfassung sollte geändert werden, um die Lähmung zu überwinden.

Bildungsoffensive Saar: Eine „Schule für alle“ – die Gemeinschaftsschule

Die Benachteiligung des Kindes durch ein bildungsfernes Familienumfeld kann durch eine gezielte, individuelle Förderung überwunden werden. Die Gliederung des deutschen Schulsystems lässt den benachteiligten Kindern aber nicht die Zeit, die sie brauchen, um ihren Rückstand aufzuholen. In Deutschland werden die Schülerinnen und Schüler zu früh auf verschiedene Schulformen verteilt. Die Schullaufbahn muss möglichst lange offen gehalten werden. Würden die Kinder länger gemeinsam lernen und würden vor allem die be-

nachteiligten Schülerinnen und Schüler intensiver gefördert, könnten herkunftsbedingte Nachteile in den Schulen ausgeglichen werden. Es gilt, das Prinzip der Auslese durch das Prinzip der individuellen Förderung zu ersetzen. Eine Reform der Schulstrukturen ist dazu nötig. Dem Rat internationaler Experten und dem Beispiel der PISA-Gewinner folgend, werden wir das saarländische Schulsystem hin zu einer „Schule für alle“ - der Gemeinschaftsschule - weiterentwickeln.

In der Gemeinschaftsschule lernen die Schülerinnen und Schüler von der 1. bis zur 10. Klasse, gegebenenfalls bis zum Abitur nach der 13. Klasse, gemeinsam mit- und voneinander, unabhängig von ihrer sozialen, kulturellen oder ethnischen Herkunft, unabhängig von Geschlecht oder Religion und unabhängig von einer Behinderung.

Als erster Schritt auf dem Weg zur Gemeinschaftsschule wird eine sechsjährige Primarstufe für alle eingeführt.

Die bisherigen Bildungsgänge von Hauptschule, Realschule und Gymnasium werden unter dem Dach der Gemeinschaftsschule integriert. An die Stelle getrennter Schulformen und Schulen tritt eine geeignete Binnendifferenzierung, in welcher nach den neuesten pädagogischen Erkenntnissen unterrichtet wird. Ein Wechsel der Schule ist nicht mehr nötig. Wenn die gesamte Schullaufbahn in derselben Schule im selben System von demselben Lehrkörper begleitet wird, lassen sich Lehrpläne, Lernumfänge und Vermittlungsformen von Stufe zu Stufe viel besser aufeinander abstimmen. Der Übergang von einer Stufe in die andere erfolgt reibungsloser. Form und Tempo des Lernens können flexibel gestaltet werden. Wer will, kann die Gemeinschaftsschule nach der 10. Klasse verlassen und eine Berufsausbildung beginnen.

Die Gemeinschaftsschule stellt auch an das Lehrpersonal neue pädagogische Anforderungen. Eine entsprechende Aus- und Fortbildung der Lehrerinnen und Lehrer ist unerlässlich.

Eine Schule für alle sollte sowohl der europäischen Entwicklung wie auch der regionalen Eigenart Rechnung tragen. Nach dem Vorbild des Deutsch-Französischen Gymnasiums in Saarbrücken und des Deutsch-Luxemburgischen Schengen-Lyzeums in Perl könnten weitere bilinguale Schulen in den Grenzgemeinden eingerichtet werden.

Schule ohne Sitzen bleiben – die Gemeinschaftsschule als echte Ganztagschule

Die Gemeinschaftsschule baut auf intensive und individuelle, den Stärken und Schwächen der einzelnen Schülerinnen und Schüler angepasste Förderung. Das erfordert differenzierende Lernkonzepte - eine neue Lernkultur, in der die Verschiedenheit der Lernenden allen zum Nutzen gereicht. Die Kinder und Jugendlichen sollen von- und miteinander lernen und ihre Verschiedenartigkeit positiv erfahren.

Flexibilität und Durchlässigkeit der Gemeinschaftsschule halten die Schullaufbahn möglichst lange offen. Leistungsdefizite werden früh ermittelt und analysiert, die Förderung wird auf die jeweiligen Schwächen zugeschnitten. Je früher die Förderung einsetzt, desto

größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass die geförderten Schülerinnen und Schüler zum Leistungsstand der Gleichaltrigen aufschließen. Herkunftsbedingte Nachteile werden überwunden. Schule wird ohne Sitzenbleiben möglich. Eine Klasse zu wiederholen hat keinen zusätzlichen Lerneffekt, die Leistung wird dadurch auf Dauer nicht besser.

Ein wesentliches Merkmal der „Schule für alle“ ist die weitgehende Integration von Schülerinnen und Schülern, die einer sonderpädagogischen Förderung bedürfen, in die Regelschule. An den Förderschulen sind zurzeit die Kinder aus Einwandererfamilien oder aus Familien mit einem geringen Einkommen überproportional vertreten. Durch Eingliederung in die Regelschule wollen wir diesen Kindern bessere Bildungschancen eröffnen. Förderschulen sollen, wo immer es möglich und sinnvoll ist, überflüssig werden.

Die Gemeinschaftsschule ist eine echte Ganztagsschule, denn erst durch ganztägigen Unterricht wird eine intensive, individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler möglich. Wir wollen die Anzahl „echter“, mit Schulsozialarbeit und schulpсихologischem Dienst ausgestatteter Ganztagsschulen stetig erhöhen. Eine enge rechtliche und organisatorische Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Schule, die weit über den bisherigen Stand hinausgeht, ist dazu nötig.

Kulturelle Bildung

Seit etwa dreißig Jahren bestimmt die Wunschvorstellung von einer "Kultur für alle" vielerorts die Kulturpolitik. Dieses Konzept, das auf ein breites Angebot an kulturellen Aktivitäten setzt, ist nicht zuletzt daran gescheitert, dass bei vielen Menschen das Interesse am kulturellen Geschehen nie richtig geweckt wurde und ihnen die Fähigkeit, das Angebot für sich selber zu nutzen, nie vermittelt wurde. Für die kulturelle Orientierungsfähigkeit eines Erwachsenen ist die kulturelle Bildung im Kindesalter mitentscheidend. Je früher Kinder aus sozialen Brennpunkten oder aus sprachlich benachteiligten Familien musisch gebildet oder auf spielerische Art sprachlich erzogen werden, desto größer ist ihre Erfolgchance in Schule und Beruf. Kreative, künstlerische Tätigkeiten erleichtern diesen Kindern den Einstieg ins Bildungssystem. Kulturelle Bildung sollte schon in frühkindlichem Alter beginnen und über Kindergarten oder Vorschule in der Schule fortgesetzt werden.

Die Ganztagsschule bietet die besten Voraussetzungen für eine umfassende und fächerübergreifende kulturelle Bildung. Die musische Bildung an den Schulen sollte nicht auf Musik und bildende Kunst beschränkt bleiben, sondern alle Bereiche der Kunst umfassen – Theater, Film, Tanz, Fotografie oder Medien. Freischaffende Künstlerinnen und Künstler, auch Schriftstellerinnen und Schriftsteller sollten auf Einladung der Schulen den herkömmlichen Unterricht praxisnah ergänzen und vertiefen. Der Unterricht wird dadurch lebendiger, zugleich aber werden auch freischaffende Künstlerinnen und Künstler gefördert.

Gesundheit als Lernziel - Bewegung und richtige Ernährung fördern

Ein kostenloses, gesundes und abwechslungsreiches Mittagessen sollte Bestandteil des Schulalltags sein. Die Schülerinnen und Schüler werden so an eine gesunde Ernährung gewöhnt und ihr Gemeinschaftssinn wird gefestigt. Bewegungsmangel und falsche

Ernährung, aber auch Lernstress und übermäßige Nutzung der Neuen Medien beeinträchtigen zunehmend die Gesundheit junger Menschen. Spiel, Sport und Bewegung gewinnen dementsprechend an Bedeutung für die vorschulische und schulische Erziehung. Sportliche Tätigkeit fördert nicht nur die körperliche Fitness, sondern auch die geistige Lernfähigkeit und die Entwicklung der Persönlichkeit.

Bewegung und Sport in Kindergärten und Schulen sind entscheidende Faktoren der Prävention im Kindes- und Jugendalter. Der Schulsport trägt einerseits dazu bei, motorische Defizite bei Kindern abzubauen und andererseits, sportliche Talente zu entfalten. Von begründeten Ausnahmen abgesehen, nehmen alle Kinder und Jugendliche am Sportunterricht teil. Er prägt ihre Einstellung zu Bewegung und Sport für das spätere Leben und somit die Sportkultur der gesamten Gesellschaft.

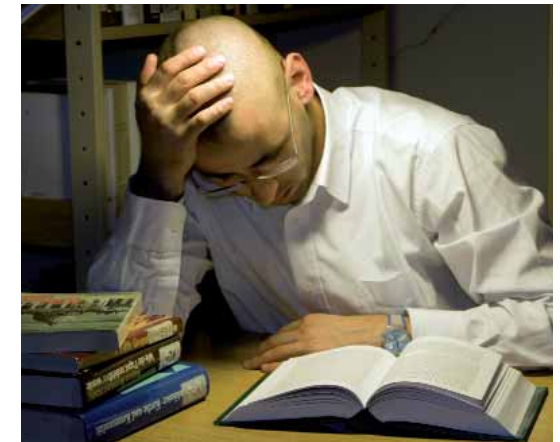
Wir wollen, dass die Bewegungs- und Sporterziehung bereits im Kindergarten beginnt und dass die Erzieherinnen und Erzieher entsprechend ausgebildet werden. In den Schulen muss die dritte - wenn nicht sogar die vierte - Sportstunde wieder eingeführt werden. Gesundheitserziehung soll ein Lernziel der Schule sein. Auch die Suchtprävention durch intensive Aufklärung über die Folgen des Konsums von Nikotin, Alkohol und anderen Drogen gehört dazu.

Berufliche Bildung, Weiterbildung und Erwachsenenbildung

An der dualen Ausrichtung der Berufsbildung – einer theoretischen und einer praktischen – halten wir fest. Wir werden dafür sorgen, dass genügend Lehrerinnen und Lehrer an den Berufsschulen tätig sind, um Unterrichtsausfall künftig zu vermeiden. Da noch immer nicht alle Jugendliche einen Ausbildungsplatz finden, fordern wir

nach wie vor die Einführung einer fondsgestützten Ausbildungsumlage: Große Betriebe, die nicht genügend Ausbildungsplätze anbieten, sollen belastet und kleine und mittelständische ausbildende Betriebe entlastet werden. Die Bereitschaft auszubilden sollte bei der Vergabe von staatlichen Fördermitteln berücksichtigt werden.

Der Umfang der beruflichen Weiterbildung soll zu- und nicht abnehmen. Maßnahmen mit einem konkreten Qualifizierungsziel und -abschluss sind fragwürdigen Kurzzeitmaßnahmen vorzuziehen. Die Teilnahme an solchen Qualifizierungsmaßnahmen muss den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern kostenlos ermöglicht werden. Insbesondere sollen Arbeitslose, Jugendliche und Mitbürgerinnen und Mitbürger ausländischer Herkunft ge-



fördert werden. Das Angebot an Qualifizierungsmaßnahmen soll auch den beruflichen Interessen und Fähigkeiten von Mädchen und Frauen gerecht werden und darauf abzielen, ihr Berufsspektrum zu erweitern.

Unter dem Sozialabbau der letzten Jahre hat die Erwachsenenbildung besonders stark gelitten. Auch diese Bereiche wollen wir ausbauen. Für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, einschließlich der Auszubildenden, werden wir einen Anspruch auf bezahlte Bildungsfreistellung durch den Arbeitgeber für berufliche und politische Weiterbildung von mindestens sechs Arbeitstagen pro Kalenderjahr verwirklichen.

Kinder-, Jugendsozial- und Jugendhilfe intensivieren und ausbauen

Das Leben junger Menschen ist durch Sozialabbau, Arbeitslosigkeit und Leistungsdruck belastet. Ihre Chancen auf Bildung und Förderung sind zunehmend von der finanziellen Situation der Eltern abhängig. Mit der Einführung von Hartz IV ist die Armut von Kindern und Jugendlichen auf Rekordniveau angestiegen. Mehr als 1,9 Millionen Kinder und Jugendliche unter 15 Jahren waren im Jahr 2007 auf Sozialleistungen angewiesen. Jeder vierte Jugendliche in der Altersgruppe von 16 – 24 Jahren sitzt in der Armutsfalle. Deshalb muss die Bekämpfung von Armut im Zentrum einer präventiven Kinder- und Jugendpolitik stehen.

Außerschulische Kinder- und Jugendsozialarbeit, Gemeinwesenarbeit oder Schulsozialarbeit wollen wir weiter ausbauen und nachhaltig finanziell sichern. Spezielle Programme und Modellprojekte für besonders benachteiligte Jugendliche (Armut, Obdachlosigkeit, Straßenkinder oder Migrationshintergrund) müssen gezielt gefördert werden.

Hochschulen - Orte der Lehre und Forschung

Die Hochschulen sind Orte der Lehre und Forschung. Sie sind auch Impulsgeber für die regionale Innovations- und Entwicklungsfähigkeit. In einer Gesellschaft, die mehr denn je auf „Wissen“ angewiesen ist, beschleunigt die Vernachlässigung der Hochschulen zwangsläufig den Niedergang der Region. Im Hochschulbereich - wie in der Bildungspolitik insgesamt - darf nicht länger der Rotstift des Finanzministers wüten. Auch eine kostengünstige Fort- und Weiterbildung muss an Universität und Hochschulen möglich sein. Einerseits kann so ein hohes Ausbildungsniveau erhalten und gefördert werden, andererseits könnte praktische Berufserfahrung in das Hochschulstudium mit einfließen.

Das Prinzip der kostenlosen Bildung gilt auch für den Hochschulbereich. Alle Studiengebühren sind abzuschaffen. Die saarländischen Hochschulen müssen stärker miteinander verzahnt werden, um besser voneinander profitieren zu können. Ein Übergang von der einen zu der anderen muss erleichtert werden. Die neuen Bachelor- und Masterstudiengänge erfordern verbesserte Betreuungsrelationen, vor allem eine deutliche Erhöhung der Personalmittel. Der Zugang zum Masterstudium darf nur von Vorleistungen der

Bewerber, keinesfalls aber von der finanziellen Ausstattung der Hochschulen abhängen. Das Land muss wieder im größeren Umfang Graduiertenstipendien bereitstellen.

Die Förderung der Hochschulforschung durch private Mittel und durch Stiftungen darf Ihre Unabhängigkeit von wirtschaftlichen und anderen Partikularinteressen nicht gefährden. Eine Privatisierung von Hochschulteilbereichen, gleich ob Lehre oder Forschung, kommt für uns nicht in Frage. Selbstverständlich steht für uns auch die Privatisierung der

Universitäts- und Landeskliniken in Homburg nicht zur Debatte. Das Saarland muss sich besonders dafür einsetzen, dass Hochschulbau und Bildungsplanung wieder als Gemeinschaftsaufgabe auch des Bundes wahrgenommen werden. Die Autonomie von Lehre und Forschung muss gewahrt bleiben; die demokratische Kontrolle der Hochschulen darf nicht in Händen von Entscheidungsgremien mit externen Beratern aus der Wirtschaft liegen.

Forschung und Innovation - Grundlage der Zukunft

Das Saarland wird sich auch in Zukunft nicht für alle Bereiche seiner Universität eine Spitzenausstattung nach internationalem Maßstab leisten können. Die Bildung von Schwerpunkten ist unvermeidlich. Es war richtig, dass in den 80iger Jahren in Saarbrücken die Informatik, die Nano-, Material- und Biowissenschaften und europäische



Studiengänge zu Schwerpunkten erhoben wurden, denn zukunftssträchtigere Wissenschaften gibt es kaum. Nicht nur, dass infolgedessen etwa 12.000 Arbeitsplätze im Saarland entstanden sind, dieser Entscheidung hat es das Land auch noch zu verdanken, dass mit dem Deutschen Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz (DFKI) sowie dem Max-Planck-Institut für Informatik, dem Leibniz-Institut für neue Materialien (INM) und den Fraunhofer-Instituten Forschungseinrichtungen von Weltruf hier angesiedelt wurden. Seit der Regierungsübernahme durch die CDU wird Forschungspolitik nur noch als Medienshow betrieben.

Die Innovationsimpulse, von denen das Land noch heute zehrt, gehen überwiegend von den Quellen aus, die vor 20 Jahren von der Regierung Lafontaine erschlossen wurden. An diese Erfolgsstrategie wollen wir mit Oskar Lafontaine wieder anknüpfen. Das Saarland soll an der Spitze des technologischen Fortschritts mithalten können.

Schwerpunkte bilden heißt aber nicht, die anderen Bereiche zu vernachlässigen. Wir wollen eine Hochschule im Saarland, die den Namen Universität auch wirklich verdient. Die klassischen geisteswissenschaftlichen Fächer dürfen keineswegs zu kurz kommen. Der technologische Fortschritt bedarf einer ständigen kritischen Überprüfung auf seine gesellschaftliche Verträglichkeit. Es gilt, auch den einen oder anderen geisteswissenschaftlichen Bereich dem internationalen Spitzenniveau anzugleichen. Dabei sollte sich die Universität von der Besinnung auf ihre deutsch-französischen Wurzeln leiten lassen. Auch die Sportwissenschaft soll zum Schwerpunkt ausgebaut werden.

Kultur als öffentliche Aufgabe

Auf der Kulturpolitik der saarländischen Landesregierung lastet zurzeit eine doppelte Hypothek: zu dem von den neoliberalen Politikern selbst verschuldeten Sparzwang gesellt sich ein augenfälliges Desinteresse am Kulturgeschehen. Niemand in dieser Regierung erweckt den Eindruck, für die Kultur eine besondere Ader zu besitzen, niemand setzt sich „von Herzen“ für ihre Belange ein. Große „Events“ werden mitorganisiert oder unterstützt, weil sie der Selbstdarstellung dienen. Es ist diese Mischung aus Sparzwang und Desinteresse, die in unserem Land ein Klima erzeugt, in dem Kultur nicht richtig gedeihen will. Wir wollen einen geistigen Klimawandel. Wir wollen den kritischen Diskurs in der Gesellschaft anregen – auch und vor allem mit den Mitteln der Kultur.

Kulturpolitik darf nicht nur auf dem Papier stattfinden. Wir alle wissen, dass Politik nur so gut sein kann wie die Politikerinnen oder Politiker, die sie machen. Das gilt für die Kulturpolitik insbesondere. Als Oberbürgermeister und Ministerpräsident hat Oskar Lafontaine auf diesem Gebiet mehr bewegt als andere vor oder nach ihm. Wir fordern zukünftige Landesregierungen auf, die kulturpolitische Leitung einer Person zu übertragen, die sich zuvor durch Engagement, Sachverstand, Fachwissen und programmatische Konzeptionen im Bereich der Kultur öffentlich ausgewiesen hat. Die Autorität dieser Person sollte durch eine hervorgehobene Position innerhalb der Regierung gestärkt werden.



Wir werden kulturelle Belange in den öffentlichen Haushalten stärker berücksichtigen. Eine international anerkannte Veranstaltung wie das „Max Ophüls Festival“ des jungen deutschen Films wollen wir nicht mehr missen. Auch das Budget des Staatstheaters muss

aufgestockt werden. Wir wollen keine staatlich alimentierten Künstler und erst recht keine staatliche Bevormundung der Kultur. Wir fordern aber für die Kulturschaffenden – wie für alle anderen auch – eine angemessene, existenzsichernde Entlohnung. Während Großkonzerne Milliardengewinne einstreichen, darben Bildungseinrichtungen und Kulturschaffende. Dieses Missverhältnis gilt es ins Bewusstsein zu rufen, um dagegen anzusteuern. In ganz Europa ist die Kultur vom Neoliberalismus gezeichnet. Eine staatliche Steuerpolitik zugunsten der Konzerne und der Reichen ließ die Öffentliche Hand verarmen. Im Saarland mussten Kultureinrichtungen geschlossen, Theater oder Theatersparten stillgelegt, Orchester halbiert und Zuschüsse gestrichen werden. Unter dem Deckmantel der Privatisierung stiehlt sich der Staat aus seiner Verantwortung und erlaubt dem Kommerz, die Kultur zu verdrängen.

DIE LINKE setzt sich für den Erhalt des Saarländischen Rundfunks (SR) als eigenständige Landesrundfunkanstalt ein. Der Sender muss so finanziert werden, dass er seinen Programmauftrag im Land und innerhalb der ARD erfüllen kann. Wir setzen uns auch auf Bundesebene für ein entsprechendes Finanzierungs- und Gebührenmodell ein. Kulturelles Niveau und Unterhaltung sind keine unvereinbaren Gegensätze. Die kulturelle Verantwortung der öffentlich-rechtlichen Medienanstalten ist umso wichtiger, als auch Kultur zunehmend über Neue Medien vermittelt wird und Kunst sogar Neue Medien zu ihrem Gegenstand macht. Diese Entwicklung wird von der Kulturpolitik bisher wenig beachtet. Wir sind uns der vielfachen Möglichkeiten bewusst, die sich mit den modernen Informationstechnologien für Kulturschaffende und ihr Publikum eröffnen und wollen die Entwicklung mit konstruktiver Kritik begleiten. Um Bürgerinnen und Bürgern einen direkten Zugriff auf die elektronischen Medien zu ermöglichen, fordern wir die Wiedereinrichtung des „Offenen Kanals“ beim SR. Dort können Bürger und Institutionen eigene Radio- und Fernsehprogramme produzieren und über Kabel oder Antenne verbreiten.

Kultur ist Voraussetzung für die selbst bestimmte Entfaltung der Einzelnen in einer aktiven Bürgergesellschaft. Ein gehaltvolles kulturelles Angebot steigert die Anziehungskraft einer Region auch in wirtschaftlicher Hinsicht. Eine inhaltliche Ausrichtung der Kultur an wirtschaftlichen Erwägungen und privaten Gewinninteressen lehnen wir jedoch ab. Privates Sponsoring oder Mäzenatentum kann die öffentliche Kulturpolitik sinnvoll ergänzen.

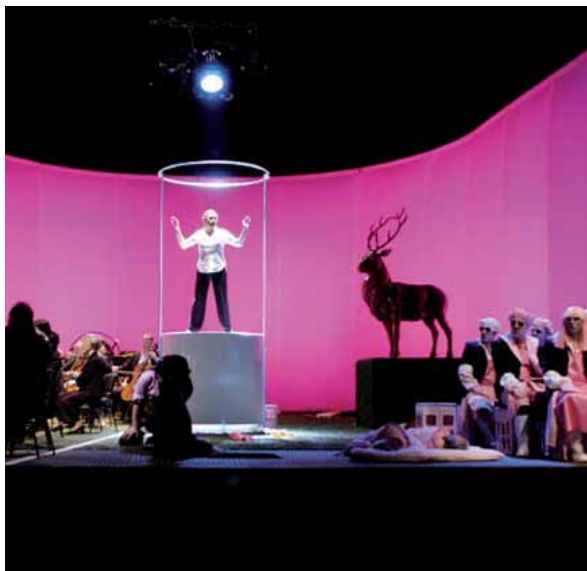
Im Kulturleben unseres Landes spielen die Vereine eine große Rolle. Dem ehrenamtlichen Einsatz von Tausenden verdanken wir eine Vielfalt an kulturellen Aktivitäten: Der Bogen reicht von Laienspielgruppen oder Foto- und Film-AGs über Chöre oder Blasorchester bis hin zu Festivals und Beiträgen unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger aus anderen Kulturkreisen. In einer demokratischen und pluralistischen Gesellschaft, wo Menschen unterschiedlichster Herkunft aufeinandertreffen, vermittelt die Kultur ein friedliches Zusammenleben in gegenseitigem Respekt. Jeder Mensch, gleich welcher Abstammung, hat das Recht, anders zu sein. Den Dialog zwischen den Kulturen empfinden wir als Bereicherung. Er hilft, die vielen Mitbürgerinnen und Mitbürger mit anderen kulturellen Wurzeln in unsere Gemeinschaft zu integrieren und das Entstehen von Parallelgesellschaften zu verhindern.

Unsere Politik unterstützt diesen Prozess.

Armut darf nicht ausgrenzen – kulturelle Teilhabe für alle

Es gehört zu den öffentlichen Aufgaben, eine Vielfalt an Kultureinrichtungen – Theater, Museen, Orchester, Musikschulen, Festivals, Bibliotheken, Denkmäler etc. – im Land und in den Gemeinden vorzuhalten oder zu fördern und allen Bürgerinnen und Bürgern die Teilhabe an dieser kulturellen „Grundversorgung“ in unterschiedlichster Form zu ermöglichen. Für Kinder und Jugendliche muss die Nutzung solcher Einrichtungen kostenfrei sein. Durch ein eigenes Bibliotheksgesetz wollen wir die Finanzierung und Unterhaltung der sowie den Zugang zu den Bibliotheken regeln.

Seit ihren Anfängen im 19. Jahrhundert war die Linke soziale und kulturelle Bewegung zugleich. Wir begreifen die sozialen Nöte vieler auch als kulturelle Herausforderung. Armut darf nicht ausgrenzen. Wir wollen allen Menschen eine Teilhabe am kulturellen Leben ermöglichen. Die Beteiligung am Kulturgeschehen gibt armen Menschen einen Teil der Würde zurück, die ihnen in Zeiten von Hartz-IV genommen wird.



Mit der Aktion „Kunst umsunt“ wurde im Saarland bereits 1995 eine Art „Kulturpass“ eingeführt, welcher Menschen mit geringem Einkommen erlaubt, an vielen Musik-, Film- und Theaterveranstaltungen kostenlos teilzunehmen. Wir werden diese Aktion unterstützen und besser bekannt machen. Vor allem wollen wir sie durch die Einbeziehung von Museen, Ausstellungen und anderen kulturellen Angeboten ausweiten und mit dem Sozialpass ver-

knüpfen bzw. in den Sozialpass integrieren. Anrecht auf einen solchen Pass hat, wer – unter Berücksichtigung der Familiensituation – über weniger als die Hälfte des Durchschnittseinkommens verfügt.

Kulturelle Bildung von klein auf

Wer die Beteiligung möglichst aller am kulturellen Leben der Gesellschaft wünscht, muss dafür zunächst die Voraussetzung schaffen, muss bei allen das Interesse wecken und das Verständnis schärfen. DIE LINKE setzt deshalb auf kulturelle Bildung, die im frühen Kindesalter anfängt und in der Schule fortgesetzt wird. Jede Bürgerin und jeder Bürger sollte darauf lebenslang Anspruch haben.

Kinder und Jugendliche sollen die Vielfalt der Kulturen erfahren und ihre eigene gestalterische Kreativität unabhängig von der sozialen Lage der Eltern entwickeln können. Kulturelle Bildung soll sie befähigen, sich mit den unterschiedlichsten kulturellen Erscheinungsformen auseinanderzusetzen und eigene Wünsche und Vorstellungen zu artikulieren. Diese Bildung soll ganzheitlich angelegt sein, soll nicht allein auf Wissensvermittlung beschränkt bleiben, sondern soll auch die ästhetischen, sinnlichen, sozialen und emotionalen Kräfte des Menschen erfassen. Wir wollen ein Ressort übergreifendes Konzept der kulturellen Bildung in den saarländischen Schulen umsetzen.

Das Eigene fördern

Das Saarland ist auch in kultureller Hinsicht Grenzregion. Es macht keinen Sinn, das kulturelle Leben des Landes an Metropolen wie Berlin oder München zu messen. Vielmehr geht es darum, die Randlage als Chance zu begreifen und daraus schöpferisch etwas kulturell Eigenes zu entwickeln, das es nirgendwo sonst gibt. Kulturelle Leistungen, die kein anderer anzubieten hat, weil sie in der geschichtlichen und gesellschaftlichen Eigenart einer Region verwurzelt sind, werden eher wahrgenommen und gewürdigt, als beliebige „Allerweltsveranstaltungen“. Vorhandene Projekte, die auf regionale Originalität und Eigenart bauen, wollen wir in unserem Land fördern, um somit weitere anzuregen.

Die Mehrheit der Saarländerinnen und Saarländer ist von den Denk- und Wahrnehmungsmustern einer industriellen Arbeitnehmerschaft geprägt. Ihre kulturellen Ansprüche und Vorstellungen sind naturgemäß anders als in den Hochburgen des Bildungsbürgertums. Unter den kulturellen Eigenarten der Region gilt deshalb unsere besondere Aufmerksamkeit der Industriekultur. Was die Landesregierung zur Zeit als Industriekultur ausgibt, entspricht nicht unserem Kulturverständnis. Die Regierung handelt offensichtlich nach dem Motto: Industrie ist Kultur und reduziert Industriekultur auf ein reines Ansiedlungsprogramm – wobei ihr zu allem Elend die industrielle Neuansiedlung auch noch gründlich misslingt. Wir hingegen betonen „Industriekultur“ auf dem Wort „Kultur“. Umso besser, wenn die Anziehungskraft der Kultur hilft, Betriebe anzusiedeln.



Dabei wollen wir nicht nur die industrielle Vergangenheit leblos im Museum aufbewahren. Denkmalpflege ist wichtig, allein aber reicht sie uns nicht. Vielmehr soll auch das Verhalten oder das Bewusstsein der Menschen, das aus den industriellen und ökonomischen Verhältnissen der Saargegend resultiert, thematisiert und künstlerisch ausgedrückt werden. Industriekultur wirkt nur dann auf sinnvolle Art Identität stiftend, wenn sie lebendig bleibt und mit dem gesellschaftlichen Wandel Schritt hält.



Kultur ohne Grenzen

Durch seine Lage und seine Geschichte ist das Saarland geradezu vorbestimmt, den Rahmen für einen produktiven deutsch-französischen Kulturdialog abzugeben. Wir regen an, auf der Grundlage des deutsch-französischen Kulturabkommens, eine Begegnungsstätte für deutsche und französische Kulturschaffende, Schriftsteller und Künstler einzurichten, die von beiden Seiten finanziell getragen wird. Wir können uns vorstellen, dass der Diskurs, der dort auf den verschiedenen kulturellen Gebieten in Gang käme, weit über den Grenzraum hinaus ausstrahlt.

An den saarländischen Hochschulen wurde mit dem Dialog bereits begonnen. Auch in den Kommunen gibt es nachahmenswerte Beispiele, etwa die „Perspectives du jeune théâtre français“. Solche Veranstaltungen wollen wir fördern und den eingeschlagenen Weg weitergehen. Zwischen den Theatern in Saarbrücken und Tbilissi besteht seit Langem eine Partnerschaft. Saarländische und französische Kultureinrichtungen sollten diesem Beispiel folgen.

Über den Grenzraum hinausschauen heißt nicht, diesen selber zu vernachlässigen. Im Gegenteil. Als Erstes wollen wir den grenzüberschreitenden kulturellen Austausch, der in vielen Variationen bereits stattfindet, in der Großregion ausbauen und vertiefen. Die Sprachbarriere hindert viele Menschen daran, am kulturellen Geschehen des Nachbarlandes teilzunehmen. Daneben gibt es aber noch die „gefühlte“ Grenze, eine psychologische Barriere in den Köpfen. Zumindest diese Grenze wollen wir mit unserer Kulturpolitik überwinden.

Demokratie und Gemeinwohl

Gleichberechtigung statt Diskriminierung und Ausgrenzung

Chancengleichheit für alle in einem Gemeinwesen frei von Diskriminierung und frei von Rassismus oder Fremdenfeindlichkeit – für dieses Ziel tritt DIE LINKE ohne Wenn und Aber ein. Auf dem Papier wird Gleichberechtigung in Deutschland garantiert, die Wirklichkeit sieht jedoch anders aus. Ein geringes Einkommen hat heute für die Menschen nicht nur einen niedrigeren Lebensstandard, eine verminderte Teilhabe am Güterkonsum zur Folge, sondern die Ausgrenzung aus dem gesellschaftlichen Leben schlechthin. Das ist mit Demokratie nicht vereinbar.

Auch aufgrund ihres Alters können Menschen Opfer von Diskriminierung sein. Die Art und Weise, wie ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der neoliberalen Wirtschaftsordnung gegen ihren Willen vorzeitig ausrangiert werden, ist ungerecht aus gesellschaftlicher und falsch aus betriebswirtschaftlicher Sicht. Ihre große Berufs- und Lebenserfahrung sowie ihre hohe soziale Kompetenz sind unverzichtbare Voraussetzungen für den Zusammenhalt der Gesellschaft. Das „Recht auf Arbeit“ hat gleichermaßen für Jung und Alt zu gelten. Im Saarland wollen wir die ältere Generation stärker am gesellschaftlichen und politischen Leben beteiligen sowie eine menschenwürdige Pflege sicherstellen.

Ausgegrenzt bleiben auch vielfach die Menschen mit einer Behinderung. Wir wollen, dass diese Menschen genau so selbstverständlich und genau so umfassend wie andere am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Behindertenpolitik ist eine wichtige Querschnittsaufgabe. Alle öffentlichen Lebensbereiche müssen barrierefrei gestaltet werden, das heißt, sie müssen für Menschen mit Behinderungen ohne besondere Erschwernis und grundsätzlich ohne fremde Hilfe zugänglich und nutzbar sein.

Menschen mit Behinderungen dürfen nicht der Chance beraubt werden, mit nicht behinderten zusammen aufzuwachsen, zu lernen, zu arbeiten und ihre Freizeit zu verbringen. Wir wollen ihre Integration in die Gesellschaft von Anfang an fördern – vom Kindergarten über die Regelschule bis zur Arbeitswelt. Förderschulen sollen – soweit dies möglich ist – durch spezielle Kurse an einer Regelschule ersetzt werden. Auch Menschen mit Behinderungen haben das Recht, in das normale Arbeitsleben eingegliedert zu werden, um ihren Lebensunterhalt aus eigener Kraft durch Erwerbsarbeit sichern zu können. Die sogenannte fürsorgliche Bevormundung lehnen wir ab.

Geschlechtergerechtigkeit und Chancengleichheit in der Arbeitswelt

Die Gleichberechtigung von Frauen und Männern zu verwirklichen ist vorrangiges Ziel unserer Politik. Nach wie vor werden Frauen benachteiligt. Vor allem im Arbeitsleben. Selbst wenn Frauen bessere Bildungsabschlüsse vorweisen, verdienen sie bei gleicher Arbeit 30% weniger als Männer. Die Hartz-Reformen haben diesen Missstand noch verschärft.

Die neoliberale Politik des sozialen Kahlschlags und der Deregulierung hat viele Frauen hart getroffen: sie wurden gezwungen, flexible, ungeschützte und niedrig entlohnte Beschäftigungsverhältnisse einzugehen. Mehr als andere sind alleinerziehende Mütter von Armut betroffen. Die Lage berufstätiger Frauen steht deshalb im Mittelpunkt unserer Gleichstellungspolitik. Mit Nachdruck fordern wir gleichen Lohn für gleiche Arbeit.

Wir wollen die Frauenerwerbsquote erhöhen, wenden uns aber gegen die Einstufung bestimmter Tätigkeiten als „typische Frauenberufe“, die schlechter bezahlt werden. Das Saarland ist Spitzenreiter im Bundesvergleich bei den ausschließlich geringfügig Beschäftigten: über 90.500 hat die Minijob-Zentrale im März 2008 gezählt. Auf 1.000 Saarländer kommen damit fast 87 geringfügig Beschäftigte, davon sind wiederum Frauen überproportional betroffen. „Minijobs“ wollen wir durch reguläre Arbeitsverhältnisse er-

setzen. Die Einführung des gesetzlichen Mindestlohnes käme vor allem den Frauen zugute. In dem Bereich der prekären Arbeitsverhältnisse werden die gesetzlichen Rechte der Beschäftigten aus Tarifverträgen u. a. auf bezahlten Urlaub, Lohn- und Gehaltsfortzahlung im Krankheitsfall von den Arbeitgebern nicht eingehalten. Gegen diese Verstöße können einzelne Beschäftigte wenig ausrichten. Deshalb wird sich DIE LINKE für ein Verbandsklagerecht aller sie vertretenden Organisationen einsetzen.

Kinder zu betreuen, ist im gesellschaftlichen Alltag weitgehend noch Frauensache. Weil es an Betreuungseinrichtungen mangelt, müssen Frauen auf Erwerbsarbeit und berufliches Fortkommen verzichten und sich in die finanzielle Abhängigkeit vom Partner begeben. Beruf und Familie müssen besser vereinbar sein. Zum einen sollen Kinderbetreuung und Kindererziehung als gesellschaftlich nützliche Arbeit aufgewertet und finanziell entgolten werden, zum anderen soll die öffentliche Betreuungsinfrastruktur - Kinderkrippen und Kindertagesstätten - so ausgebaut werden, dass keine Frau über längere Zeit aus ihrem Beruf aussteigen muss, wenn sie dies nicht will. DIE LINKE will die Wiedereinführung von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, welche die Aufnahme einer Berufstätigkeit von Frauen und Männern in allen Berufszweigen nach der Pflege von Angehörigen und der gewählten Erziehungszeit der Kinder unterstützen.

Wir setzen uns für das Selbstbestimmungsrecht von Frauen im Bereich der Sexualität und Familienplanung ein - unabhängig von ihrem sozialem Status. Dieses muss bei Empfängern von ALG II durch Landesmittel sichergestellt werden.

Keine Gewalt gegen Frauen

Frauen sind im öffentlichen wie im privaten Bereich vielfältigen Formen von physischer und psychischer Gewalt ausgesetzt. Im Saarland ist jede vierte Frau von häuslicher Gewalt betroffen. Gewalt gegen Frauen werden wir konsequent bekämpfen!

DIE LINKE im Saarland setzt sich für ein bedarfsdeckendes Angebot an gut ausgestatteten Einrichtungen ein, in welcher alle von Gewalt betroffenen Frauen eine Zuflucht finden können, unabhängig von ihrer sozialen Situation, ihrer Herkunft und ihrem Aufenthaltsstatus. Wir werden die Finanzierung der saarländischen Frauenhäuser sicherstellen. Wir wollen die Rahmenbedingungen für die psychosoziale Betreuung in diesen Häusern verbessern. Wir wollen ausreichende Beratungsstellen und Therapieangebote für von Gewalt betroffene Mädchen und Frauen schaffen.

Gleichberechtigte Teilhabe auch für Einwanderer - Menschen sind nicht illegal

Offiziell ist Deutschland zwar Einwandererland, von einer Kultur der Einwanderung sind wir jedoch noch weit entfernt. Auch im Saarland werden viel zu viele Kinder aus Einwandererfamilien nur wegen sprachlicher Defizite in Förderschulen verbannt, was in späteren Jahren oft schlechtere Arbeits- und Lebensbedingungen zur Folge hat. Sprachkurse sind nötig, allein aber bewirken sie noch keine gelungene Integration, da sie über Hartz- Ge-

setze, Arbeitsverbote und Benachteiligungen im Bildungssystem auch nicht hinweghelfen. Eine in Zuwanderer und Einheimische gespaltene Gesellschaft entspricht nicht unseren Vorstellungen. Wir wollen die Lage der Einwanderer verbessern: mehr individuelle Förderung in der Schule, ausreichend Ausbildungsplätze, eine bessere berufliche Qualifikation und gleiche Rechte auf dem Arbeitsmarkt. Bei der Integration von Einwanderern in das Berufsleben sollte die öffentliche Verwaltung mit gutem Beispiel vorangehen.

Integration bedeutet Einbürgerung und somit gleichberechtigte politische Teilhabe. Wir wollen die Interessenvertretungen der Einwanderer stärker in den politischen Entscheidungsprozess mit einbeziehen. Alle, deren Lebensmittelpunkt in Deutschland ist, sollten

hier auch wählen dürfen. Als ersten Schritt wollen wir das kommunale Wahlrecht für Nicht-EU-Bürgerinnen und Bürger einführen.



Asylrecht ist Menschenrecht. Die Aufnahme von Menschen, die vor Kriegen, Menschenrechtsverletzung oder politischer Verfolgung fliehen mussten, ist Teil unserer humanitären, politischen und geschichtlichen Verantwortung. Es gilt, die Ursachen der Flucht zu bekämpfen und den Flüchtlingen Schutz zu bieten. Die Zusammenführung von Familien ist für uns vorrangig. Auch Flüchtlinge haben Anrecht auf ein menschenwürdiges Leben. Die medizinische Grundversorgung darf Menschen mit ungeregeltem Aufenthaltsstatus nicht verwehrt werden. Wir wenden uns gegen eine Abschiebepolitik, die auf Lagern und Gefängnissen beruht - wie zum Beispiel in Ingelheim. In

der dortigen Haftanstalt sitzen Flüchtlinge ein, die im Saarland oder in Rheinland-Pfalz erfolglos um Asyl nachgesucht haben. Das Flüchtlingslager in Lebach, ein Ghetto der Perspektivlosigkeit, wollen wir schließen und die Flüchtlinge künftig - unter finanzieller Beteiligung des Landes - auf die saarländischen Kommunen verteilen. Nur so kann Integration erreicht werden.

Bürgerrechte - der Lebensnerv einer Demokratie

Wir verteidigen die Bürgerrechte gegen jeden Versuch, sie unter dem Vorwand der Terrorismusabwehr auszuhöhlen oder abzuschaffen. Zu diesen Rechten gehört die „informationelle Selbstbestimmung“. Alle unbescholtenen Bürgerinnen und Bürger sollen die Souveränität über ihre persönlichen Daten behalten und selber frei darüber entscheiden, zu welchem Zweck andere solche Daten benutzen dürfen. Wir sind entschieden dagegen,

dass Daten ohne Zweckbestimmung und ohne konkreten Verdacht von staatlichen oder nicht-öffentlichen Stellen sozusagen auf Vorrat gesammelt und gespeichert werden, etwa Autokennzeichen oder Fluggastdaten. Ein derartiger Verstoß gegen die EU-Menschenrechtskonvention trägt kaum zur Erhöhung der Sicherheit bei.

Die Privatsphäre wollen wir besser schützen vor einem Zugriff des Staates oder gegen Übergriffe der Arbeitgeber. Bespitzelungspraktiken, wie sie im Handel gang und gäbe sind, müssen per Gesetz verboten werden. Eine gesetzliche Regelung des Arbeitnehmerdatenschutzes wird schon seit Langem gefordert. Wir drängen darauf, diese Forderung endlich zu verwirklichen, um den Datenschutz am Arbeitsplatz aus der rechtlichen Grauzone zu befreien, in der er sich noch immer befindet.

Wohnung, häusliches Telefon und Internet gehören zur Privatsphäre, in welcher der Staat nichts zu suchen hat. Wir bleiben dabei: Sicherheitsbehörden dürfen eine private Wohnung nur mit einem richterlichen Durchsuchungsbefehl betreten. Die von der Bundesregierung geplante Novelle des BKA-Gesetzes sieht allerdings vor, dass Wohnungen von verdächtigen Personen künftig nicht mehr nur per Wanze, sondern auch per Minikamera ausgespäht werden dürfen. Wanzen und Kameras sollen sogar in den Wohnungen völlig unbescholtener Bürgerinnen und Bürger heimlich installiert werden können, wenn ein Verdächtiger in diesen Wohnungen verkehrt - Big Brother is watching you. Wir lehnen diesen Überwachungswahn kategorisch ab und werden keinem Gesetz zustimmen, das es Sicherheitsbehörden erlaubt, in Wohnungen einzubrechen, um versteckte Wanzen und Kameras anzubringen. Das Bundesverfassungsgericht hat den vom Bundesinnenminister gewünschten heimlichen Online-Durchsuchungen bereits enge Grenzen gesteckt: die Ermittler dürfen nicht in die Wohnung eindringen, um Spähprogramme auf Computer zu laden; die sog. Trojaner dürfen nur via Internet installiert werden. Schon das geht uns zu weit. Es muss nicht alles gemacht werden, was das Verfassungsgericht nicht ausdrücklich verbietet.

Zu Recht plädieren Experten und Datenschutzbeauftragte für eine neue Datenschutzkultur in Deutschland. Für die Konservativen ist es in den letzten Jahren selbstverständlich geworden, die Einschränkung von Bürgerrechten und die zum Missbrauch einladende Speicherung von persönlichen Daten als festen Bestandteil ihrer Sicherheitsstrategien zu betrachten. Wir widersetzen uns allen Versuchen, Bürgerrechte einer falsch verstandenen Sicherheitspolitik zu opfern. Demokratie wird nicht verteidigt, indem man wesentliche Teile davon außer Kraft setzt, im Gegenteil. Auch der Datenschutz sollte Thema beim Demokratieunterricht in den Schulen sein.

Wir wollen es den saarländischen Bürgerinnen und Bürgern leichter machen, mit den Mitteln der direkten Demokratie in den politischen Entscheidungsprozess einzugreifen. Das Landesgesetz zur Bürgerbeteiligung ist verbesserungsbedürftig. Durch die Abschaffung des strikten Finanzvorbehalts bei Bürgerentscheiden oder Bürgerbegehren sollen weit mehr Bürgeranliegen als bisher zum Entscheid zugelassen werden. Auch die Einstiegs- und Abstimmungsquoten sollen erheblich herabgesetzt werden.

Wirtschaftsdemokratie

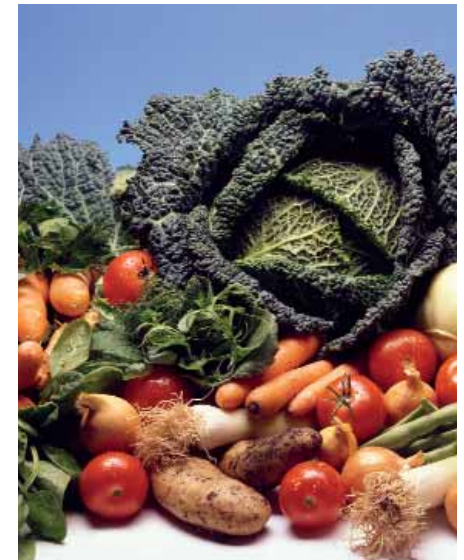
Gegen die neoliberale Ellenbogenmentalität setzt DIE LINKE auf Solidarität und Gemeinschaftssinn. Zur Freiheit gehört, dass die Menschen ihr soziales Leben souverän gestalten können. Solang der Einzelne als Arbeitnehmer - das heißt in einem entscheidenden Bereich seines Lebens - zum Spielball von Kräften wird, die nicht demokratisch strukturiert sind, bleiben Demokratie und Freiheit unvollständig. Die Mitbestimmung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften, in einigen Fällen auch die von Vertretern des Landes oder der Verbraucher, hilft, wirtschaftliche Entscheidungen auf das Gemeinwohl hin auszurichten.

Im Öffentlichen Dienst des Landes dürfen die Mitbestimmungsrechte nicht eingeschränkt werden. Auch in der privaten Wirtschaft werden wir mit den Mitteln der Politik die Mitbestimmung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowohl am Arbeitsplatz wie auch auf der Führungsebene der Betriebe oder Konzerne festigen. Die Ausweitung der Leiharbeit beraubt immer mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ihrer verbrieften Schutz- und Mitbestimmungsrechte - eine Fehlentwicklung, die wir ablehnen. Wir sehen im Ausbau der Mitbestimmung nicht nur den demokratischen Fortschritt für die Gesellschaft insgesamt, sondern auch einen kräftigen Innovationsimpuls für die Produktion und somit für den wirtschaftlichen Erfolg.

Verbraucherschutz

Nicht nur die Produzenten, auch die Konsumenten sind Faktoren der Wirtschaftsdemokratie. Wenn die Verbraucher besser über die Waren informiert sind, können sie ihre Kaufkraft gezielter für eine Qualitätssteigerung der Produkte einsetzen. Die Lebensmittelkandale der letzten Jahre - unter anderem der Verkauf von Gammelfleisch - haben deutlich gemacht, dass der Verbraucherschutz wirksamer werden muss. Insbesondere das Lebensmittelkontrollsystem bedarf einer besseren Ausstattung. Über die Ernährung oder den Schadstoffbefund bei Kleidern und Spielzeug hinaus spielt der Verbraucherschutz eine Schlüsselrolle bei zahlreichen anderen Themen: Nachhaltigkeit der Ware, Produktkennzeichnung, Patientenschutz, Internetnutzung, Stromsparen, Telefon- und Haustürgeschäfte, Verbraucherkredite, Gewährleistungs- und Vertragsrecht etc.

Im Saarland ist der Verbraucherschutz weder einem Ministerium zugeordnet noch einem Parlamentsausschuss. Wir messen dem Verbraucherschutz mehr



Gewicht bei. Der Aufgabenbereich eines Ministeriums muss durch eine entsprechende Zuständigkeit erweitert werden. Diese Behörde soll für die Bürgerinnen und Bürger ein Ansprechpartner sein, der ihnen kostenlose und zeitnahe Informationen liefert. Im Landtag werden wir die „parlamentarische Institutionalisierung“ des Themas Verbraucherschutz beantragen.

Keine Privatisierung - für eine neue, öffentliche und demokratische Gestaltung der Gesellschaft

Der neoliberale Zeitgeist der letzten zwei Jahrzehnte hat die Idee des Gemeinwohls beschädigt. Mit der Begründung, die Globalisierung lasse keine andere Wahl, ist es der Arbeitgeberlobby gelungen, die Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik vor den Karren wirtschaftlicher Partikularinteressen zu spannen. „Privatisierung“ diene dabei als Schlachtruf für neoliberale Modernisierungskampagnen. Der Staat solle seine wirtschaftliche Tätigkeit auf Aufgaben beschränken, die zwar gesellschaftlich notwendig, aber unrentabel seien; was Gewinn bringt, sei in privaten Händen besser aufgehoben. Hinter solchen Parolen verbirgt sich der Totalausverkauf öffentlichen Gutes.



Die Ansicht, unter privatwirtschaftlichen Vorzeichen könne effizienter gearbeitet und kostengünstiger produziert werden, ist weit verbreitet. Wo dies zutrifft, liegt es oft nur daran, dass der Druck auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer größer ist, dass die Arbeits- und Lohnbedingungen schlechter sind und die Verbraucherpreise überhöht. Nur diejenigen, die vom Ausverkauf des öffentlichen Gutes profitieren, glauben noch daran, dass durch eine private Bahn, ein „Outsourcing“ kommunaler Dienste, eine börsennotierte Telekom, eine Umwandlung der Post in einen globalen Logistikkonzern oder einen Verkauf kommunaler Wohnungen an Immobiliengesellschaften irgendetwas besser würde.

Dieser ideologische Glaube an die höhere Effizienz des privaten Wirtschaftens ist vielfach widerlegt: es hat sich gezeigt, dass gut geführte kommunale Ver- oder Entsorgungsunternehmen effizienter und kundenfreundlicher sein können als private. Und die Gründe dafür sind einleuchtend. Ein öffentliches Unternehmen kommt mit einer niedrigeren Gewinnmarge aus, da es keine hohen Renditen abwerfen muss; es werden keine Gewinne aus dem Unternehmen abgezogen und an die Aktionäre ausgezahlt; der geringere Kostendruck erlaubt preiswertere Angebote; ein guter Tariflohn hebt die Arbeitsmoral, ein sicherer Arbeitsplatz mindert den Stress; die Qualität der Leistung steigt und mit ihr die Zufriedenheit der Kunden. Das ist der Weg, den wir beschreiten wollen.

Die Gemeinden und Landkreise im Saarland sind Träger der sogenannten „Daseinsvorsorge“. Sie sind für soziale und kulturelle Einrichtungen oder Schulen verantwortlich. Im krassen Gegensatz zu diesen grundlegenden Aufgaben steht die Finanzausstattung der Kommunen. Der Großteil dieser Kommunen ist hoffnungslos verschuldet und zu Investitionen kaum noch in der Lage. Durch den finanziellen Druck sind Schwimmbäder, Kultureinrichtungen und Bürgerhäuser gefährdet. DIE LINKE setzt sich für eine auskömmliche Finanzausstattung der Kommunen ein, damit diese ihren verfassungsmäßigen Auftrag im Sinne der Bevölkerung erfüllen können.

Wir sagen klipp und klar: im Saarland kommen Privatisierungen für uns nicht in Frage. Das gilt für die Universitäts- und Landeskliniken in Homburg ebenso wie für andere Krankenhäuser; das gilt für Sparkassen und für kommunale Einrichtungen oder Eigenbetriebe wie zum Beispiel die Stadtwerke Saarbrücken; das gilt insbesondere für städtische Wohnungen.

Wir wenden uns entschieden gegen die von der Bundesregierung beschlossene Teilprivatisierung der Bahn. Die Strecken „in der Fläche“ sollen als Teil eines umweltschonenden Systems des öffentlichen Personennahverkehrs ausgebaut werden.

Wir verteidigen die öffentliche Daseinsvorsorge und wollen sie ausbauen. Europa hat sich im Verlauf zweier Jahrhunderte zur sozialen Demokratie entwickelt, weil die Idee des „Öffentlichen“ im Zentrum der Politik stand. Dass der Neoliberalismus diese Leitidee diskreditieren konnte, ist ein Rückschritt, ein Verlust an gesellschaftlicher und individueller Souveränität. Wir wollen die Ökonomie wieder der Politik unterordnen, um verlorene menschliche Souveränität zurückzuerobern. Es gilt, das „Öffentliche“ gemäß den Anforderungen einer demokratischen Gesellschaft zu erneuern und auf den Weg des sozialen Fortschritts zurückzukehren.

Ziel unserer Politik ist allein das Gemeinwohl.

www.oskar-waehlen.de